

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1934 bis 1944 Band 2

Die NS-Diktatur

Band 2/105: 17.10.1937 – 29.09.1938

17.10.1937

USA: Joseph C. Hyman (Leiter einer jüdischen Hilfsorganisation) ruft am 17. Oktober 1937 während einer Veranstaltung in Pittsburgh zur Rettung der europäischen Juden auf (x172/87):
>>... Es ist eine Frage von Leben und Tod, sofort Mittel zu schicken, um unsere Leute so bald wie möglich aus Deutschland herauszuholen. ...

In Polen ist die jüdische Bevölkerung von mehr als 3.000.000 Seelen zwar nominell durch die Verfassung und das öffentliche Recht geschützt, wird jedoch nur allzuoft von Pogromen, Übergriffen und Boykotten; nur allzu oft Objekt einer starken und zielgerichteten Propaganda mit dem Leitmotiv "Juden raus"! ...

(In Rumänien) nimmt der Antisemitismus eine Brutalität und Gehässigkeit in Wort und Tat an, die einen Vergleich mit Nazideutschland rechtfertigen.<<

05.11.1937

NS-Regime: Während einer Geheimrede vor dem Außen- und Kriegsminister sowie den Oberbefehlshabern der deutschen Wehrmacht erläutert Hitler am 5. November 1937 erstmalig seine Kriegspläne

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Hoßbach-Niederschrift" (x051/272): >>Hoßbach-Niederschrift, von Hitlers Wehrmachtsadjutant Oberst Hoßbach aus eigenem Entschluß angefertigtes Protokoll über eine Besprechung bei Hitler in der Reichskanzlei am 5.11.37; Teilnehmer: Hitler, Reichsaußenminister Neurath, Reichskriegsminister Blomberg sowie die Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtteile, Fritsch, Raeder, Göring, und Hoßbach.

Die Hoßbach-Niederschrift wurde am 10.11.37 unterzeichnet und von Blomberg, der sie als einziger Gesprächsteilnehmer sah, zu den Akten genommen; eine Abschrift von 1943/44 spielte im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher eine umstrittene Hauptrolle beim Beweis für den Anklagepunkt Verbrechen gegen den Frieden.

Bei der Besprechung ging es um die kriegerische Lösung der "deutschen Raumfrage", wie sie Hitler schon in "Mein Kampf" dargestellt und am 3.2.33 vor Reichswehrgeneralen wiederholt hatte.

Er skizzierte drei Fälle:

1. Entscheidung spätestens 1943/45, bevor der deutsche Rüstungsvorsprung zusammenschmolzen sei;
2. Vorverlegung des Entschlusses zur "Anwendung von Gewalt unter Risiko" gegen die "Tschechei", falls Frankreich durch innenpolitische Schwierigkeiten hinreichend gelähmt sei;
3. bei Ausbruch eines militärischen Konflikts zwischen Italien und den Westmächten (z.B. um Mittelmeer-Positionen) "blitzartiges" Niederwerfen Österreichs und der Tschechoslowakei schon 1938 zur Ausschaltung der "Flankenbedrohung".

Gegen diese Gewaltpolitik erhoben Blomberg und Fritsch militärische Einwände, der Außen-

minister war nach eigener Aussage "erschüttert" und Marinechef Raeder verwies auf die ungenügende Seerüstung. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Hitler hielt aber unbeirrt an dem in der Hoßbach-Niederschrift niedergelegten Programm fest und schaltete die militärischen Hauptopponenten in der Fritsch-Krise aus, in deren Folge auch Neurath sein Ministeramt verlor.<<

15.11.1937

Polen: Infolge der sowjetischen "Säuberungsaktionen" nähert sich Polen dem NS-Regime (Abkommen über Minderheitenschutz vom 15. November 1937).

26.11.1937

Deutsches Reich: Evangelische Pastoren halten am 26. November 1937 Bittgottesdienste, um gegen die Verhaftung von Gemeindemitgliedern zu protestieren.

November 1937

Großbritannien: Edward W. Halifax (1881-1959, von 1925-31 Vizekönig von Indien, 1938-40 britischer Außenminister) erklärt im November 1937 während einer Unterhaltung mit Hitler (x073/176): >>Er und andere Mitglieder der Regierung (sind) davon durchdrungen, daß der Führer nicht nur in Deutschland selbst Großes geleistet habe, sondern daß er auch durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Lande diesem den Weg nach Westeuropa versperrt habe und daß daher mit Recht Deutschland als Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus angesehen werden könne. ...<<

05.12.1937

Großbritannien: Der britische Politiker Edward W. Halifax (1881-1959) berichtet am 5. Dezember 1937 über ein Treffen mit Hitler (x172/89-90): >>... Ich fand alles, was er erzählte, furchtbar spannend und wollte ihn gar nicht gehen lassen.<<

07.12.1937

China: Japanische Flugzeuge werfen am 7. Dezember 1937 Flugblätter über der chinesischen Stadt Nanking ab (x172/90): >>... Wir haben die Stadt Nanking eingeschlossen. Wenn eure Truppen die Kämpfe fortsetzen, kommt der Krieg unweigerlich nach Nanking. Die jahrtausendealte Kultur wird zu Asche zerfallen und die Regierung, die ein Jahrzehnt überdauert hat, wird sich in Luft auflösen.<<

Da die chinesischen Truppen nicht kapitulieren, besetzen japanische Truppen im Dezember 1937 gewaltsam die chinesische Stadt Nanking. In den ersten 6 Wochen der japanischen Besetzung ereignen sich in Nanking schwere Massenverbrechen, die von der japanischen Armeeführung nicht verhindert werden. Bei diesen furchtbaren Massenverbrechen werden nahezu 80.000 Frauen vergewaltigt und etwa 300.000 Menschen ermordet (x087/141).

1937

UdSSR: Im Verlauf der großangelegten "Säuberungsaktionen" und der öffentlichen Schauprozesse ("Prozeß der 17") fallen dem radikalen Stalinismus im Jahre 1937 wieder viele Unschuldige zum Opfer.

Ein Zeitzeuge berichtet über die Folgen der "Säuberungsaktionen" im Jahre 1937 (x073/62): >>... Man merkte den Lehrern in der Schule, den Pädagogen im Heim, ja sogar den Referenten der Komintern bei ihren Besuchen die ständige Angst an, in der sie lebten. Diejenigen, die noch nicht verhaftet worden waren – sie nannten sich selbst manchmal die "Übriggebliebenen" -, verhielten sich unterschiedlich.

Die meisten waren von einer ständigen Angstpsychose befallen; sie liefen wie gehetztes Wild umher, immer darauf bedacht, nur ja das Richtige zu tun, um einer Verhaftung zu entgehen.

Aber was war das "Richtige"?

"Am wichtigsten ist es jetzt, möglichst überhaupt nichts zu sagen, vor allem keine einzige politische Äußerung zu tun. Selbst wenn es noch so linientreu ist. Schweigen, Schweigen und nochmals Schweigen, das ist das Gebot der Stunde", meinten die einen.

"Es gibt nichts Gefährlicheres, als schweigend umherzulaufen, denn dadurch erweckt man den Anschein, geheime Gedanken zu haben und überhaupt ein Volksfeind zu sein. Gerade in der heutigen Situation ist es besonders wichtig, aktiv zu wirken und täglich im Sinne der Prawda zu allen Fragen klar seine Meinung zu äußern", meinten die anderen.<<

Der nordamerikanische Historiker Joel Carmichael (1915-2006) berichtet später über Stalins Massenterror im Jahre 1937 (x243/137): >>... Die Verfolgung jedoch, die nun in der zweiten Hälfte des Jahres 1937 begann, nahm in jeder Hinsicht phantastische Ausmaße an. Es wurden auch Menschen davon betroffen, die niemals Mitglieder einer politischen Partei gewesen waren. ... Monatelang schien die politische Polizei 24 Stunden am Tag zu arbeiten: In den Städten und auf dem Lande riß sie Menschen aus den Häusern, Werkstätten, Laboratorien, Fabriken, Universitäten, Kasernen und Regierungsbüros.

Nicht eine Wirtschaftsbranche, nicht eine Berufsgruppe blieb verschont: Bauern, Arbeiter, Funktionäre, Fachleute, Intellektuelle, Künstler, Offiziere – alle wurden in dieselben Zellen gesperrt. ...

Die große Säuberung führte praktisch zur Beseitigung aller führenden Persönlichkeiten in buchstäblich allen Fabriken, Eisenbahnstationen, Schulen und schulischen Einrichtungen, wobei die Kollektivwirtschaften, Regierungsstellen und die Armeehierarchie noch nicht berücksichtigt sind. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Lion Feuchtwanger (1884-1958, emigriert 1933 nach Frankreich und flieht 1940 in die USA) schwärmt im Jahre 1937 von Stalins öffentlichen Reden in Moskau (x080/201): >>Er ist ganz sicher nicht das, was man einen großen Redner nennen würde. Seine Argumente kommen langsam: Sie wenden sich an den gesunden Hausverstand von Menschen, die eine Sache sorgfältig, aber nicht schnell erfassen. Doch vor allem hat Stalin einen Sinn für Humor, den plötzlich aufleuchtenden, schlitzohrigen, zuweilen gemütlichen, häufig grausamen Sinn für (den) Humor eines Bauern ...

Wenn Stalin mit seinem wissenden, ruhigen Lächeln spricht und mit seinem Zeigefinger deutet, dann erzeugt er damit nicht wie andere Redner eine Kluft zwischen sich und dem Publikum; er steht nicht gebieterisch auf der Bühne, während sie unter ihm sitzen, sondern innerhalb kurzer Zeit bildet sich zwischen ihm und seinen Zuhörern ein Bündnis, eine Intimität. Da sie aus demselben Stoff sind wie er, sind sie für seine Argumente empfänglich, und beide lachen fröhlich über dieselben einfachen Geschichten. ...<<

Spanien: Im Verlauf des Spanischen Bürgerkrieges gewinnen die anfangs schwachen Kommunisten 1937 immer mehr Einfluß in Spanien, da die Komintern (Kommunistische Internationale) überall ihre Truppenkommandeure und Politiker durchsetzen kann.

Ab 1937 beginnt in Spanien der Kampf der stalinistisch-kommunistischen Gruppen gegen Anarchisten, Trotzlisten und andere politische Gegner um die ideologische Vorherrschaft im republikanischen Lager (stalinistische Säuberungen: Verhaftungen und Hinrichtungen nach dem Vorbild der gleichzeitig in Moskau stattfindenden Schauprozesse).

Stalin setzt ein Heer von politischen Agitatoren, Geheimagenten und sowjetischen Militärberatern in Spanien ein, um die republikanische Regierung und ihre militärischen Verbände zu kontrollieren. Eine spezielle spanische Sektion der NKWD (sowjetische Geheimpolizei von 1934-1946) führt während des spanischen Bürgerkrieges (1936-1939) systematische Fahndungsaktionen nach Trotzlisten und sonstigen Regimefeinden durch (x128/50-51).

1938

Lieber Gott, mach mich stumm, daß ich nicht nach Dachau kumm! Lieber Gott, mach mich blind, daß ich alles herrlich find'! Lieber Gott mach mich taub, daß ich an den Schwindel glaub'!

NS-Spottvers

21.01.1938

USA: Die "New York Times" veröffentlicht am 21. Januar 1938 eine Stellungnahme des rumänischen Ministers Alexander Cuza (x172/92): >>... Es ist Sache der ganzen Welt, eine Bleibe für die Juden der Welt zu finden. Madagaskar scheint ein geeigneter Ort zu sein.<<

25.01.1938

NS-Regime: Gemäß Erlaß vom 25. Januar 1938 werden die NS-Schutzhafttrichtlinien ergänzt (x032/418): >>... § 1 Die Schutzhaft kann als Zwangsmaßnahme der Geheimen Staatspolizei zur Abwehr aller volks- und staatsfeindlichen Bestrebungen gegen Personen angeordnet werden, die durch ihr Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates gefährden. ...<<

Januar 1938

UdSSR, Polen: Nach der Hinrichtung von polnischen KP-Führern (in der UdSSR im Jahre 1937) löst die Komintern Anfang 1938 die gesamte polnische KP (ca. 40.000 Mitglieder) auf, weil sie angeblich von Pilsudskis Spionen durchsetzt gewesen sein soll (x064/130).

11.03.1938

NS-Regime: Hitler erteilt am 11. März 1938 den Geheimbefehl, militärische Vorbereitungen für den Einmarsch in Österreich zu treffen, um Österreich mit dem Deutschen Reich zu vereinigen (Befehl: "Unternehmen Otto").

In diesem Geheimbefehl ("Unternehmen Otto") heißt es (x149/90): >>Ich beabsichtige, wenn andere Mittel nicht zum Ziele führen, mit bewaffneten Kräften in Österreich einzurücken. ... Es liegt in unserem Interesse, daß das ganze Unternehmen ohne Anwendung von Gewalt in Form eines von der Bevölkerung begrüßten Einmarsches vor sich geht. ... Sollte es aber zum Widerstand kommen, so ist er mit größter Rücksichtslosigkeit zu brechen.<<

Österreich: Bundeskanzler Schuschnigg muß am 11. März 1938 wegen eines drohenden Bürgerkrieges zwangsweise zurücktreten.

Nach Schuschniggs Rücktritt wird der österreichische Nationalsozialist Arthur Seyß-Inquart neuer Bundeskanzler und bildet ein nationalsozialistisches Übergangskabinet. Seyß-Inquart ruft danach per Rundfunk die NS-Formation zum Schutz von Ruhe und Ordnung auf.

12.03.1938

Österreich: Bundeskanzler Seyß-Inquart fordert am 12. März 1938 vereinbarungsgemäß die "militärische Hilfe" des NS-Regimes an, um den Anschluß mit dem Deutschen Reich zu vollziehen.

Der deutsche Einmarsch entwickelt sich schnell zum Triumphzug. Die deutschen Wehrmachtstruppen marschieren damals, ohne auf Widerstand zu stoßen, unter dem Jubel der einheimischen Bevölkerung in Österreich ein.

Der Wiener Rundfunk sendet am 12. März 1938 eine Rede des österreichischen NSDAP-Landesleiters (x191/83): >>... Unser Ziel ist erreicht: Ein Volk, ein Reich, ein Führer! Heil unserem Führer! Heil Hitler!<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die Anschlußpolitik des NS-Regimes (x051/26-27): >>(Anschluß) ... Entschieden zu früh aber, obschon nicht ungewollt, kam Hitler der nationalsozialistische Putsch gegen die Regierung Dollfuß am 25.7.34 (Österreich). Mussolini ließ am Brenner italienische Truppen aufziehen und zwang Hitler zu eiliger Distanzierung vom Wiener Putschversuch.

Er zeigte ihm aber auch, daß der Schlüssel zum Anschluß in Rom lag. Italien hatte als einzige Großmacht eine gemeinsame Grenze mit Österreich und mußte zudem von einem Großdeutschland die Rückforderung Südtirols befürchten. Jede Anschlußpolitik war folglich zunächst Italienpolitik, die Hitler bei einem ersten Treffen mit dem Duce im Februar 34 noch nicht recht hatte in Gang bringen können.

Gelegenheit dazu bot ihm indes schon bald die imperialistische Politik des faschistischen Italien: Im Konflikt um Abessinien verpflichtete er sich Mussolini, im Spanischen Bürgerkrieg baute er die freundlichen Beziehungen zur Waffenbrüderschaft aus. Während Frankreich zunehmend mit innenpolitischen Problemen beschäftigt war und England auf Appeasement setzte, konnte Hitler im Rahmen der Achse wieder zu aktiver Anschlußpolitik übergehen. Die mußte zunächst darin bestehen, die Lage der österreichischen Nationalsozialisten zu verbessern, die seit 19.7.33 verboten waren und die Anhaltelager füllten.

Hier bot sich der Hebel für Hitler zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Nachbarlands: Am 11.7.36 kam es unter deutschem Druck zum Juliabkommen mit der Regierung Schuschnigg, die aber die Einlösung der darin ausgehandelten Erleichterungen für die Nationalsozialisten schleppend behandelte.

Nach einigen Mahnungen ließ Hitler daher Schuschnigg am 12.2.38 auf den Obersalzberg laden und verlangte ultimativ die Hineinnahme seines Mannes in Wien, A. Seyß-Inquart, als Innenminister in die österreichische Regierung, die Abstimmung der Außenpolitik auf die des Reiches, die Legalisierung der österreichischen NSDAP, eine allgemeine Amnestie u.a.

Im sogenannten Berchtesgadener Diktat akzeptierte Schuschnigg diese und weitere wirtschaftliche und militärische Bedingungen; Bundespräsident Miklas ernannte drei Tage später Seyß-Inquart und lieferte damit die österreichischen Sicherheitsorgane den Nationalsozialisten aus.

In einem verzweifelten letzten Versuch, den Anschluß abzuwenden, beraumte Schuschnigg am 9.3.38 überraschend für den 13. eine Volksabstimmung an für oder gegen ein "freies und deutsches, unabhängiges und soziales, christliches und einiges Österreich".

Unregelmäßigkeiten bei den Wahlvorbereitungen (Heraufsetzung des Wahlalters auf 24 Jahre, fehlende Wählerlisten) und zu kurze Frist beschleunigten aber nun die deutsche Intervention: Hitler forderte am 11.3. die Absetzung der Abstimmung, den Rücktritt Schuschniggs zugunsten Seyß-Inquarts und erklärte, er beabsichtige, "wenn andere Mittel nicht zum Ziel führen, mit bewaffneten Kräften in Österreich einzurücken".

Unter "Ziele" verstand er jetzt offen den Anschluß und "andere Mittel" als den Einmarsch zog er auch nach Erfüllung seines Ultimatums - um Mitternacht zum 12.3. berief Miklas nach erheblichem Widerstand Seyß-Inquart zum Kanzler - nicht mehr in Erwägung. In den Morgenstunden des 12.3.38 überschritten Wehrmachtseinheiten nach telefonisch zwischen Göring und Seyß-Inquart vereinbartem Hilfeersuchen der österreichischen Regierung die Grenze.

...<<

13.03.1938

Österreich: Das österreichische Parlament löst am 13. März 1938 den Staat Österreich per Gesetz auf und beschließt ein Gesetz über den Reichsanschluß ("Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich"). Österreich ist danach ein Teil des Deutschen Reiches.

Um die Wiedervereinigung zu legitimieren, sollen am 10. April 1938 in Deutschland und Österreich Volksabstimmungen durchgeführt werden.

14.03.1938

Österreich: Hitler hält bereits am 14. März 1938 Reden in Linz und Wien. Die Wiener Bevölkerung empfängt Hitler unter dem Geläut aller Glocken mit großer Begeisterung. Zehntausende jubeln Hitler in Wien zu: "Führer, wir danken dir!"

Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtet im August 1988 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 8 – 1988 (x853/...): >>>Der verdrängte Anschluß

(1938)

... 1. "800.000 Österreicher standen im Laufe des Zweiten Weltkrieges in der Deutschen Wehrmacht unter Waffen. 170.000 wurden schwer oder schwerst verletzt, 300.000 fielen oder blieben vermißt." (Ingomar Pust, "Österreicher im Feuer, Tragödie der Tapferkeit", Driffel-Verlag Leoni 1988, S. 7). 326 Österreicher haben das Ritterkreuz erhalten; "170 erreichten in der Wehrmacht den Generalsrang. Als Befehlshaber von Heeresgruppen gingen Löhr und Rendulic in die Militärgeschichte ein". ...

Bundespräsident Rudolf Kirchschräger wurde als Oberleutnant im Osten und im April 1945 bei Wien schwer verwundet. So auch Bundespräsident Waldheim; Verteidigungsminister Prader; Finanzminister a.D. und Nationalbankpräsident Dr. Koren; Verteidigungsminister Rösch. Von dem tapferen Einsatz österreichischer Soldaten berichtet o.a. Buch.

2. Schon 1918 ergaben Volksabstimmungen in Tirol und Salzburg 98 % für den Anschluß. Weitere geplante Abstimmungen wurden durch schwere Drohungen der Siegermächte verhindert. Der Friedensvertrag von St. Germain schrieb - unter Verweigerung des sonst so hoch gepriesenen Selbstbestimmungsrechts der Völker - ein Anschlußverbot fest.

Es ist - entgegen einiger heutiger Legenden vom sog. "Überfall" - ganz eindeutige geschichtliche Tatsache, daß das Zusammengehörigkeitsgefühl der ganz großen Mehrheit der Deutsch-Österreicher mit Deutschland die Ursache für die freudige, ja begeisterte Zustimmung zum Anschluß 1938 gewesen ist. Sie spülte Bedenken gegen Hitler einfach weg. Dies gilt leider auch für die österreichischen Bischöfe. Männer wie Franz Jägerstätter erhielten keinerlei kirchliche Unterstützung (er hat gegen den Anschluß gestimmt; den Wehrdienst verweigert; ist dafür hingerichtet worden); im Gegenteil.

3. Deshalb verwundert doch, mit welcher blitzartigen Schnelligkeit die Österreicher im April/Mai 1945 mit Deutschland nichts mehr zu tun haben wollten, sich nur noch in der - allerdings ungeheuer bequemeren - Rolle des ersten Opfers sehen lassen wollten.

Dabei ist festzuhalten: "Die sogenannte 'Österreichische Nation' ist aus Moskau gekommen. Gierig hat man in Wien nach der - zur Schwächung Deutschlands - in der Moskauer Deklaration 1943 von den Alliierten aufgestellten Zweckklüge gegriffen, Österreich sei 'das erste von Hitler überfallene freie Land' gewesen. Einen sehnlischer herbeigeführten und einen angenehmeren Überfall - im Blumenmeer, in Freudentränen - hat es in der Weltgeschichte nicht gegeben." (Peter Meier-Bergfeld: "In den Nischen des Vergessens", Rhein. Merkur Nr. 11 v. 11.3.88, S. 3).

4. Das betraf auch die "Kulturträger". Man sehe ein das Buch von Klaus Amann: "Der Anschluß österreichischer Schriftsteller an das Dritte Reich. Institutionelle und bewußtseinsgeschichtliche Aspekte." Athenäum Verlag Frankfurt/M. 1988.

Eine Besprechung in der FAZ spricht von präsentierten "Tatsachen von hohem Unappetitlichkeitsgrad" (v. 4.7.88). Wenn P. Groppe im folgenden die geschichtlichen und situativen Zusammenhänge darstellt und das beschämend naiv-irriges Verhalten der österreichischen Bischöfe nicht verschweigt, so mit dem Ziel, uns zu bestärken in dem Vorsatz, nicht vordergründigen Zwecken und Vorteilen, Mehrheitsmeinungen und trügerischen "Begeisterungen" zu folgen. Auch nicht der Taktik vorteilhaften "Vergessens", feiger Verdrängung, ja heuchlerischer Fremdbeschuldigung oder entlastender Geschichtsklitterungen.

Nur allseitige Wahrhaftigkeit und verständnisvolle Anständigkeit sowie Demut, verbunden mit Bereitschaft, das Richtige auch um den Preis von Nachteilen zu tun und zu wollen, sollten uns bestimmen. Das, was hier 1988 zu sagen man sich von kirchlicher Seite erhofft hat, wurde von dem hochbetagten jüdischen Arzt und Psychologen Viktor Frankl, ehemaliger KZ-Häftling von Auschwitz, am 10. März auf einer Kundgebung vor dem Wiener Rathaus auf seine bewegende Weise vorgetragen.

5. Frankl, der während des NS-Regimes seine gesamte Familie verlor und selber nur wie

durch ein Wunder überlebte, sagte:

"Ich bitte Sie, von mir kein Wort des Hasses zu erwarten."

Die Österreicher kollektiv schuldig zu sprechen, sei "ein Verbrechen und ein Wahnsinn", denn es gebe keine Kollektivschuld. Wer an der Kollektivschuld festhalte, treibe die Jugend in die Arme der alten und jungen Nazis.

Auf die Rassenideologie eingehend, meinte Frankl, es gebe in Wirklichkeit nur zwei Rassen auf der Welt - die der anständigen und die der unanständigen Menschen. Diese Teilung gehe durch alle Völker, durch alle Parteien und alle Gruppen mitten hindurch. Er habe während seiner KZ-Haft auch unter den SS-Bewachungsmannschaften Menschen getroffen, die sich einen Funken Humanität und Anstand bewahrt hatten - und umgekehrt habe es auch unter den Häftlingen üble Erscheinungen gegeben. Jene Regime seien gefährlich und müßten bekämpft werden, die bewußt die Unanständigen an die Spitze und an die Macht brächten. Frankls Ansprache enthielt auch den Satz: "Ich wage die Behauptung, daß jedes Volk holocaustfähig ist." ("Die Welt" vom 12.3.88).

Mit solcher Gewissensunruhe sehr persönlicher Art sollte jeder in Deutschland und Österreich an 1938, die damals Lebenden und Handelnden, und an uns heute, 1988 wachsam und ehrlich denken.

Ein Ordnungs- und Machtkalkül, das den unbedingten Forderungscharakter ethischer Verpflichtungen (z.B.: Besser ist es, Unrecht leiden als Unrecht tun) vermissen läßt, darf nach den fürchterlichen Tragödien und Desastern dieses "Jahrhunderts der Ideologien" nicht mehr vertreten werden ohne Scham vor den Opfern und den Märtyrern. Deshalb hat es bestürzt, daß ein katholischer Universitätspräsident im Zusammenhang mit der bluttriefenden, atheistisch-leninistischen Sowjetunion heute (26.3.88) u.a. publizieren konnte:

"selbst ein totalitäres Regime ist besser als überhaupt gar keine politische Ordnung" und von einem "geordneten Unrechtsstaat" in diesem Zusammenhang als kleinerem Übel gegenüber einem sich auflösenden russischen Reich redet (DT Nr. 36, S. 6).

Man sieht, wie sehr wir nötig haben, an beschämendes Versagen uns zu erinnern. Nur wer das nicht verdrängt, kann vielleicht vor solch makabren Fehlmeinungen und ihren evtl. Folgen sich schützen.

Immer wieder erliegen Menschen der Versuchung, geschichtliche Ereignisse aus dem Nachhinein zu beurteilen. Sehr häufig kennen sie aber weder die oft entscheidenden Einzelheiten, noch Umstände und Vorgeschichte. Dies trifft zweifelsohne auch auf den sog. "Anschluß" zu, die "Heimkehr Österreichs ins Reich".

I

Am Abend des 13. März 1938 unterzeichnete Hitler in Linz das "Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich". Wenngleich viele Österreicher dies heute gern verdrängen möchten - nicht wenige halten Hitler für einen Deutschen und Beethoven für einen Österreicher - so steht doch historisch eindeutig fest, daß die überwältigende Mehrheit der damaligen Österreicher den Einmarsch der deutschen Truppen begeistert feierten. Und als Hitler vor Hunderttausenden auf dem Wiener Heldenplatz vom Balkon der Hofburg verkündete: "Als der Führer und Kanzler der deutschen Nation melde ich vor der Geschichte nunmehr den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich", wollte der Jubel kein Ende nehmen.

Schon vor Jahren schrieb der schweizer Komponist Rolf Liebermann in seiner Autobiographie "Die Oper und ich":

"Bei der Bekanntgabe des Anschlusses befand ich mich gerade in Österreich. Ich habe den Abend des Einmarsches am Fenster einer Wiener Wohnung miterlebt, ganz in der Nähe des Rathauses, wo Hitler auf dem Balkon erschien. Er wurde mit geradezu hysterischem Jubel empfangen. Die Wiener sollen doch heute niemandem weismachen wollen, sie hätten sich verzweifelt gewehrt! Aus jedem Fenster hingen Hakenkreuzfahnen; glückstrunkene Weiber

zerrissen sich im Gedränge die Kleider. Man hatte den Eindruck, ein langersehnter Augenblick sei endlich gekommen."

Wie war so etwas möglich? 1938 war es gerade erst 20 Jahre her, daß das große Habsburger Reich zerbrochen war und Österreich zu einem bedeutungslosen Rumpfstaat verstümmelt wurde. Das Land war politisch zerrissen. Der stärksten Partei, den Sozialdemokraten, standen die Christlichsozialen und verschiedene nationale Gruppen gegenüber. In Wien wählten zwei Drittel der Bevölkerung rot, aber das Hinterland war schwarz. Christlichsoziale und Nationale mußten sich verbünden, um ein Gegengewicht gegen die Sozialdemokraten zu bilden, die einen starken marxistischen Flügel hatten. Die überwältigende Mehrheit des Volkes wollte sich Deutschland anschließen.

Nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie hieß das Land zunächst Deutsch-Österreich, bis die Siegermächte diesen Namen und vor allem jede Vereinigung mit Deutschland untersagten. Das Land lebte ständig am Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Niemand gab ihm eine reale Existenzchance. Was lag da näher als der Anschluß an den großen Bruder im Norden, der lediglich durch die Willkür der Sieger verwehrt wurde? Von den rund 6,5 Millionen Einwohnern Österreichs im Jahr 1932 waren 430.000 arbeitslos. Der Ruf nach radikalen Lösungen wurde immer lauter.

Als der Christlichsoziale Dollfuß 1932 Kanzler wurde, hatte er einen Zweifrontenkrieg gegen Marxisten und die Nazis zu führen, die immer mehr Stimmen bekamen. Letztere sahen ihre Stunde gekommen, als ihr Landsmann Hitler 1933 in Deutschland an die Macht kam. Im Juni 1933 verbot Dollfuß die NSDAP. Hierbei wurde er zunächst von Mussolini unterstützt, der hierfür die völlige Ausschaltung der Marxisten verlangte. Im Februar 1934 kam es mit ihnen zu erbitterten Kämpfen, die für die Besiegten mit Standgerichten und Todesurteilen endeten. Am 1. Mai 1934 setzte Dollfuß per Dekret eine neue Verfassung in Kraft, die aus Österreich einen Ständestaat machte. Drei Monate später wurde Dollfuß von den Nazis ermordet.

Ihm folgte Schuschnigg, der die Politik seines Vorgängers fortsetzte. Anstelle von Parteien gab es nur noch die Nationale Front. Die praktische Aufhebung der Demokratie und die wirtschaftliche Not ließen den Wunsch nach dem Anschluß immer lauter werden. Als Hitler und Mussolini sich annäherten, wurde die Lage für Schuschnigg überaus schwierig. 1936 mußte er mit Hitler einen Nichteinmischungspakt schließen, der den Nazis wesentliche Vorteile brachte.

Zudem hatte Hitler nunmehr große Erfolge aufzuweisen: Die widerstandslose Besetzung des Rheinlandes, die Rückkehr des Saargebietes, die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht und nicht zuletzt die Olympischen Spiele von 1936 trugen ihm die Bewunderung eines großen Teils der Welt ein -, auch wenn dies heute gern verschwiegen wird. Die österreichischen Nazis bekamen mächtigen Auftrieb und im März 1938 kam es unter massivem Druck Hitlers zum Anschluß, nachdem Schuschnigg von allen verlassen worden war.

II

Zumindest die "Freunde" der Kirche wissen mit dem "Anschluß" das "Heil Hitler!" Kardinal Innitzers zu verbinden. Als sein Nachfolger, Kardinal König, 1976 mit einer Delegation österreichischer Priester Jerusalem besuchte, wurde ihm beim Besuch von Yad Vashem, dem größten Dokumentationszentrum der Judenverfolgung, der unglückselige Brief Innitzers an Gauleiter Bürckel präsentiert. Von der jahrelangen Hilfe desselben Kardinals für die verfolgten Juden wußte man in Jerusalem scheinbar nichts.

Schon lange vor der Machtergreifung Hitlers gab es zwischen der Ideologie der Nazis und der christlichen Lehre unüberbrückbare Gegensätze, vor allem in der Rassenfrage. 1932 hatten sämtliche deutschen Ordinariate die Zugehörigkeit zur Partei für unerlaubt erklärt. Nach Hitlers sensationeller Regierungserklärung vom 23. März 1933, in der er die beiden christlichen Konfessionen als wichtigste Faktoren der Erhaltung unseres Volkstums bezeichnet hatte, de-

ren Rechte nicht angetastet werden sollten, nahmen die deutschen Bischöfe - aus heutiger Sicht vielleicht ein wenig zu schnell - ihre Warnungen weitgehend zurück, wemgleich sie erhebliche Vorbehalte machten.

Sehr bald setzte sich Hitler über wichtige Vereinbarungen des Konkordats hinweg, bis es zum regelrechten Kirchenkampf kam. Nicht zuletzt wurde die katholische Presse geknebelt und schließlich ganz unterdrückt. Die durch das Konkordat rechtlich verankerten katholischen Schulen wurden aufgehoben, die Devisen- und Sittlichkeitsprozesse sollten das Ansehen der Kirche völlig untergraben. Nach vergeblichen Protesten gegen die Unrechtsmaßnahmen erschien im März 1937 die Enzyklika "Mit brennender Sorge", die eine massive Anklage des Regimes war. Natürlich wußten auch die österreichischen Bischöfe um die Vorgänge im Reich. Erst im November 1937 richteten sie eine Solidaritätsadresse an ihre deutschen Amtsbrüder. In ihr heißt es u.a.:

"Wir österreichischen Bischöfe fühlen uns gedrängt, innigste Anteilnahme auszusprechen und zu sagen, wie sehr uns das berührt, was im Deutschen Reiche vor sich geht, wo der Staat in voller Anwendung seiner Gewalt ... planmäßig und unaufhaltsam bis zum äußersten geht, um die christliche Religion, besonders aber die katholische Kirche in diesem Reiche auszuschalten und zurückzudrängen ... Wir nehmen aber darum auch innigeren Anteil an euren Schicksalen, weil viele bemüht sind, solche Verhältnisse, wie sie sich bei euch herausgebildet haben, auch in unserem Staate erstehen zu lassen und der Gottlosigkeit zum Siege zu verhelfen ..."

Um so unbegreiflicher war die "Feierliche Erklärung" vom 18. März 1938:

"Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir unterzeichneten Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinz anläßlich der großen geschichtlichen Geschehnisse in Deutsch-Österreich:

Wir erkennen freudig an, daß die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozialpolitik für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind auch der Überzeugung, daß durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden Bolschewismus abgewehrt wurde. Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden auch die Gläubigen in diesem Sinne ermahnen. Am Tage der Volksabstimmung ist für uns Bischöfe selbstverständlich nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind."

Dieser Erklärung war am 12. März ein noch emphatischeres Telegramm des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates an Hitler vorausgegangen. Aber auch der sozialistische Staatskanzler der Ersten Republik, Karl Renner, der nach dem Zweiten Weltkrieg österreichischer Bundespräsident wurde, bekannte sich 1938 zum Anschluß an das Deutsche Reich und versicherte, er werde mit Ja stimmen.

Hätten sich die Bischöfe auf das Bekenntnis zu Deutschland beschränkt, hätte dies wohl kaum Widerspruch erregt. Die überwältigende Mehrheit des Volkes wollte die Vereinigung mit Deutschland. Nach Renner gaben zwei Drittel des Volkes Hitler den Vorrang vor Schuschnigg. Nach ihm war die Arbeiterschaft nicht für einen Widerstand gegen die nationalsozialistische Arbeiterpartei zu gewinnen.

Unglückseligerweise unterschrieb Kardinal Innitzer seinen Begleitbrief an Gauleiter Bürckel noch mit "Heil Hitler!"

Die "Feierliche Erklärung" und Innitzers "Heil Hitler!" schlugen wie eine Bombe ein. Zahlreiche Katholiken waren schockiert und empört. Der Kardinal erhielt eine Reihe von Briefen, in denen er aufgefordert wurde, sein öffentliches Ärgernis gutzumachen, bzw. sein Amt niederzulegen.

Besonders eindrucksvoll scheint uns der Brief eines deutschen Dorfpfarrers zu sein, dessen Weitblick den der österreichischen Bischöfe weit überragt.

Wenigermünchen, 2. Juni 1938

P. Unterschweinbach

Ehrwürdige Eminenz!

Ich bitte zu entschuldigen, daß ich als alter Pfarrer (es) wage, zu Ew. Eminenz zu reden. Aber ich fürchte, daß viele Seelen zugrunde gehen, wenn die Hirten schlafen.

Ew. Eminenz hat gehofft, das österreichische Konkordat zu retten, indem Sie gegen Ihre innere Überzeugung den Feinden des Christentums geschmeichelt und sie als Retter begrüßt haben. In allen Dörfern wurde bei uns die Erklärung Ew. Eminenz und der übrigen österreichischen Bischöfe durch Lautsprecherwägen ausgeschrien - in der Absicht, unsere deutschen Bischöfe und alle, die in Treue zu ihnen halten, zu Störenfrieden zu stempeln.

In der Tat aber hat die Regierung nicht einmal das deutsche Konkordat gehalten, das sie selber feierlich mit dem Papst geschlossen hat, wie viel weniger wird sie das österreichische Konkordat halten, das sie nicht geschlossen hat und das der Kirche viel mehr Rechte gibt?

Ehrwürdige Eminenz haben selber schon die Erfahrung gemacht, daß die Regierung die katholischen Vereine unterdrückt, die katholische Presse knebelt, die katholische Caritas auf Schritt und Tritt hemmt, den Besuch des Eucharistischen Kongresses (in Budapest, eigene Anmerkung) verhindert hat.

Nachfolgen wird auch bei Ihnen bald die Aufhebung der konfessionellen Schule, die Entfernung der Klosterfrauen von allen Unterrichtsanstalten - natürlich ohne Pension, die Entfernung der Barmherzigen Schwestern aus den Krankenhäusern, sobald genug braune Schwestern vorhanden sind.

Die Klöster sowie die Anstalten der katholischen Caritas werden durch eine ungeheuerliche Steuerlast unterdrückt, so daß sie nicht mehr bestehen können; die ganze Lehrerbildung wird in ungläubigem Geist umgestaltet.

Bei den SS (Schutzstaffeln) sind wohl so ziemlich alle Offiziere und Schulungsleiter bereits aus der Kirche ausgetreten und in manchen SS-Lagern alle oder so gut wie alle SS-Leute. Selbst ihre Frauen haben manche derselben bereits zum Austritt aus der Kirche veranlaßt. Und darum sind die SS die Vertrauensleute der Regierung und soll aus ihnen ausschließlich die Gendarmerie ergänzt werden.

Daß die Privatschulen der Ordensleute, insbesondere die Gymnasien der Benediktiner aufgehoben werden sollen, zum Teil schon aufgehoben worden sind, daß an manchen Orten, wo ein bischöfliches Knabenseminar besteht, kein Gymnasium mehr sein darf; daß gegen Priester und Ordensleute alle möglichen - unwahren oder übertriebenen - Anschuldigungen in Zeitungen und Radio gemacht werden dürfen, aber die Gegenerklärungen der Bischöfe nicht veröffentlicht werden dürfen; daß in Deutschland alle Druckereien, welche die päpstliche Enzyklika über die Zustände in Deutschland ("Mit brennender Sorge", eigene Anmerkung) gedruckt haben, geschlossen und ohne Entschädigung beschlagnahmt worden sind; daß durch gerichtliches Urteil einer Mutter, deren Ehe aus Verschulden des Mannes gerichtlich geschieden worden war, das Erziehungsrecht über ihre Kinder bloß deswegen entzogen worden ist, weil sie ihre Kinder in eine klösterliche Anstalt zur Erziehung geben wollte - ich meine, daß alle diese Tatsachen jedem, der guten Willens ist, die Augen öffnen müssen.

Als ich die Erklärung der österreichischen Bischöfe las, hielt ich sie zuerst für eine faustdicke Fälschung, deren Unwahrheit man mit Händen greifen könne. Als mir aber die Echtheit bestätigt wurde, ging ich gleich in die nächste Kirche, um für die österreichischen Bischöfe zu beten.

Es ist vielleicht gut, daß ich nicht der Beichtvater Ew. Eminenz bin - ich hätte Ew. Eminenz wohl die Absolution verweigert, bis Sie durch irgendeinen Hirtenbrief oder irgendeine Erklä-

rung das gegebene Ärgernis wenigstens einigermaßen gutzumachen begonnen hätten.

Gott sei Dank! Die deutschen Bischöfe sind einig und treu und haben alle Gefahren und Opfer auf sich genommen, um ihre Herde zu retten. Welches Schauspiel aber für die ganze Welt, wenn sich die österreichischen Bischöfe nicht bloß unter die Gewalt beugen, sondern sogar für die Christusfeinde agitieren und den deutschen Bischöfen, ja sogar dem Papst in den Rücken fallen! Wie soll ein Reich bestehen können, wenn es unter sich uneins ist?

Vor aller Welt steht Ew. Eminenz an der Spitze des nationalsozialistischen Klerus; darum ist es auch nach meiner Überzeugung Ew. Eminenz Pflicht, den ersten Schritt zu tun und das gegebene Ärgernis gutzumachen.

Ehrwürdige Eminenz! Ich weiß wohl, daß wenn mein Brief auf der Post geöffnet wird oder sonst einem Vertreter des Staates in die Hände fällt, ich damit zu rechnen habe, daß ich nicht bloß meine Stelle und meinen Gehalt verliere, sondern auch lebenslängliche Haft oder den Tod zu erwarten habe; aber ich kann mein Leben nicht besser enden, als wenn ich für meinen Glauben Zeugnis ablege. Möge, wenn solches geschieht, es den österreichischen Bischöfen und dem katholischen Volke zum Heile sein!

Ehrwürdige Eminenz ergebenster Viktor Keller, Pfarrer

Sehr viel schärfer ist der Brief eines ehemaligen Offiziers, der aus der Emigration in Budapest am 8. April 1938 geschrieben wurde. Man darf hierbei freilich nicht übersehen, daß die Ehre bei Offizieren von altem Schrot und Korn eine hervorragende Rolle spielte. Wir zitieren einige Passagen dieses Schreibens (Unterstreichungen im Original):

"Eure Eminenz!

... Es ist ein Gipfel der Würdelosigkeit, wenn Sie, Eminenz, der sich früher nie genug als prononcierter Anhänger und Verfechter der Dollfuß- und Schuschnigg-Prinzipien hervortun konnten und bei keinem offiziellen Anlaß des vaterländischen Österreich fehlten, nunmehr ungebeten und ungerufen dem Hitler einen Besuch im Hotel abstatteten! Nicht genug an dem, haben Sie, Eminenz, die katholische Bevölkerung Österreichs irregeführt und total verwirrt, indem Sie jene schmachvollen Proklamationen und Enunziationen vom Stapel ließen, die vor Hitler und der braunen Barbarei, die den Katholizismus aufs schwerste bekämpft, den Kotau machten ...

Wie Sie es, Eminenz, als Katholik und katholischer Erzbischof vor Gott und Ihrem Gewissen vereinbaren werden, ist und bleibt Ihre Privatsache. Sie sind aber nicht als Privatmann aufgetreten, sondern als der oberste Seelenhirt der österreichischen Katholiken und als dieser haben Sie sich schändlich, feige, unwürdig benommen ...

Sie haben aber nicht nur den Katholizismus und die Katholiken verraten, Sie haben außerdem Ihr Vaterland schändlich verraten!

Sie haben kein Recht mehr, den Kardinalspurpur in Ehren zu tragen, denn Sie haben ihn besudelt vor Gott und der Menschheit! ..."

Wenn man allerdings die Erklärungen der katholischen Bischöfe auf dem Hintergrund der gleichzeitigen Verlautbarungen anderer Autoritäten zum gleichen Anlaß betrachtet, wird man die Äußerungen der katholischen Bischöfe zwar nicht entschuldigen, aber doch milder beurteilen.

So richtete der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates, Robert Kauer, bereits am 12. März ein emphatisches Begrüßungstelegramm an Hitler:

"Im Namen der mehr als 330.000 evangelischen Deutschen in Österreich begrüße ich Sie auf österreichischem Boden. Nach einer Unterdrückung, die die schrecklichsten Zeiten der Gegenreformation wieder aufleben ließ, kommen Sie als Retter aus fünfjähriger schwerster Not aller Deutschen hier ohne Unterschied des Glaubens. Gott segne Ihren Weg durch dieses deutsche Land, Ihre Heimat!"

Und der erste sozialistische Staatskanzler der Ersten Republik und erste Bundespräsident der

Zweiten Republik, Karl Renner, äußerte sich folgendermaßen zur Abstimmung über den "Anschluß":

"Ich müßte meine ganze Vergangenheit als theoretischer Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen wie als deutsch-österreichischer Staatsmann verleugnen, wenn ich die große geschichtliche Tat des Wiederezusammenschlusses der deutschen Nationen nicht freudigen Herzens begrüßte ... Als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, als erster Kanzler der Republik Deutsch-Österreich und als gewesener Präsident ihrer Friedensdelegation zu St. Germain werde ich mit Ja stimmen."

Renner wollte sogar im Rundfunk für den "Anschluß" werben, aber das empfanden selbst die Nazis als zu starken Tobak.

Die Nazis ließen es sich natürlich nicht entgehen, die Erklärung der Bischöfe und das Schreiben Kardinal Innitzers propagandistisch auszuschlachten. Wie im "Völkischen Beobachter", dem Zentralorgan der NSDAP, füllten sie damit die ganze 1. Seite der gelenkten Tagespresse. Die Schlagzeilen der Tageszeitungen vom 28. März 1938 verkündeten voller Stolz:

"Bekanntnis der österreichischen Bischöfe zum Deutschen Reich - Freudige Anerkennung der Leistungen der nationalsozialistischen Bewegung."

III

Die Reaktionen auf diese Vorgänge, besonders aus dem Ausland, waren überaus heftig. Aber entweder nahm sie der Kardinal nicht zur Kenntnis oder er glaubte, richtig gehandelt zu haben.

Hierin könnten ihn einige Schreiben bestärkt haben, die ihn in jenen Tagen erreichten. So schrieb ihm die "Arbeitsgemeinschaft für den religiösen Frieden" (dazu gehörten u.a. Pius Parsch von Kloster Neuburg und Dr. Anton Böhm, ehemals Chefredakteur des Rheinischen Merkur) - die an die Vereinigung Pacem in terris in einigen Ostblockländern erinnert -:

"Eure Eminenz haben in geschichtlicher Stunde eine Tat gesetzt, die bestimmt ist, eine Wende in der Stellung der Kirche zu den weltbewegenden Problemen dieser Zeit im glücklichsten Sinn herbeizuführen. Wir bitten Euer Eminenz, zu dieser Tat zu stehen und sich durch nichts an dieser Haltung wankend machen zu lassen ...

Mit mindestens demselben Recht, mit dem die französischen Katholiken sich mit der Regierung des Gottesleugners Leon Blum gutstellen dürfen, können die österreichischen Katholiken einen tiefgläubigen Katholiken Adolf Hitler unterstützen, der durch Taten christlicher Barmherzigkeit mehr Menschen mit Gott versöhnt hat, als in Frankreich mit Streik und Klassenhaß dem Satan in die Hände getrieben werden."

Zwei deutsche Adlige mit berühmten Namen mögen den Kardinal noch mehr bestärkt haben, richtig gehandelt zu haben. PG und SA-Obersturmbannführer Fürst von Fürstenberg, Donauschingen, sandte ihm ein Danktelegramm und Dr. Graf Georg Henckel von Donnersmarck schickte ihm am 30. März 1938 aus Graubschütz, Kr. Namslau, folgendes Schreiben:

"Euer Eminenz! Hochwürdigster Herr Kardinal!

Die aufrichtige Freude und tiefe Dankbarkeit, mit der Euer Eminenz eindeutiges und klares Bekenntnis zu unserem Führer ungezählte katholische Deutsche erfüllt, veranlaßt mich, Euer Eminenz den Ausdruck dieser Gefühle in wenigen Worten ehrfürchtig zu übermitteln und daran die Bitte zu knüpfen auch meinen persönlichen tiefstempfundenen Dank entgegennehmen zu wollen.

In vollkommenster Hochachtung zeichne ich mit Heil Hitler als Euer Eminenz aufrichtig ergebener

Dr. Graf Georg Henckel v. Donnersmarck"

In unbegreiflicher politischer Naivität versicherte er in einem zweiten Brief an Gauleiter Bürckel, den "Beauftragten des Führers für die Volksabstimmung", vom 1. April 1938, die "Feierliche Erklärung" der österreichischen Bischöfe sei keine Geste gewesen, sondern "ein

allein der Stimme unseres gemeinsamen deutschen Blutes entsprungenes Bekenntnis ..." Und wieder schloß er mit "Heil Hitler!"

Selbstverständlich veröffentlichten die Nazis sofort dieses instinktlose Schreiben, das den Kardinal, mehr noch als die "Feierliche Erklärung", in den Augen vieler zum "Nazibischof" abstempelte. Das Maß war übertoll.

Der "Osservatore Romano" schrieb am 25. März 1938 einen Artikel über die österreichischen Ereignisse, der in dem Satz gipfelte:

"Die unerhörte Behauptung, der nun erfolgte Anschluß sei nichts anderes als die Verwirklichung eines von der Vorsehung beschlossenen Planes, muß als krasse Blasphemie zurückgewiesen werden."

Und in der Ausgabe vom 1. April betonte er, die Kundgebung der österreichischen Bischöfe sei ohne jede vorherige Verständigung mit dem Vatikan und ohne seine nachträgliche Billigung erschienen. Am selben Tag brachte Radio Vatikan eine Sendung, die sich mit dem "falschen politischen Katholizismus" befaßte. In ihr wurde die "übergroße Vorsicht und Taktik aus schwächerer Anpassung" gerügt, die zweifelsohne "im Lauf der Geschichte der Ehre und dem Ansehen der Kirche und gerade dadurch auch der Seelsorge oft schwersten Schaden gebracht hat." Diese Verlautbarung ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Es war klar, wer gemeint war.

Kurz darauf wurde Kardinal Innitzer nach Rom zitiert. Pius XI. empfing ihn sehr ungnädig. Mein Aschaffenburgener Religionslehrer, ein frühes Opfer der Nazis, wurde unmittelbar nach Innitzer von Pius XI. in Privataudienz empfangen - damals für einen einfachen Priester höchst ungewöhnlich. Er erzählte uns später, der Kardinal sei tränenüberströmt aus dem Zimmer gekommen.

Die "Feierliche Erklärung" der österreichischen Bischöfe zur Volksabstimmung wurde am Sonntag, dem 27. März 1938, von allen Kanzeln Österreichs verlesen, wie die Zeitungen triumphierend berichteten. Der "Völkische Beobachter" betonte in seiner Sprachregelung vom 28. März, die von allen Zeitungen übernommen wurde:

"Mit Freude und aufrichtiger Genugtuung nimmt das ganze deutsche Volk von dieser Erklärung Kenntnis. Sie beweist, daß in dieser für das ganze Deutsche Volk und seine Zukunft so ereignisreichen Zeit auch die katholische Kirche den Weg zum neuen Staat finden will ..."

Bei aller berechtigten Kritik am damaligen Verhalten der österreichischen Bischöfe sollte man allerdings gerade im Zeitalter der Entspannungseuphorie nicht übersehen, daß es zu den vorrangigen Aufgaben der Bischöfe gehört, selbst unter ungünstigen Bedingungen die seelsorgliche Betreuung der Gläubigen zu gewährleisten. Es steht außer Zweifel, daß dies das eigentliche Ziel der Bischöfe war, wenngleich die Mittel nicht zu rechtfertigen waren. Zu Recht erwarten ja die Oberhirten, daß sich die Gläubigen an ihren Worten und ihrer Haltung orientieren, so wie Paulus sagt: "Brüder, nehmt mich zum Vorbild".

Bei Kardinal Innitzer darf man schließlich auch nicht übersehen, daß dieselbe Spontaneität, die ihn anfangs zu bedenkliehen Zugeständnissen an die Nazis veranlaßte, ihn zu jahrelanger Hilfe für die verfolgten Juden drängte. In seinem Palais fanden von 1940 bis über das Kriegsende hinaus mehr als 4.000 nichtarische Katholiken seelsorglichen Beistand und materielle Hilfe, die vielen erst das Überleben ermöglichte.

Und seit dem Sturm der Hitlerjugend auf das Erzbischöfliche Palais im Oktober 1938 machte sich der Kardinal keine Illusionen mehr, man könne mit den Nazis noch reden. Er machte künftig auch keinerlei Zugeständnisse mehr, die mit seinem oberhirtlichen Amt nicht vereinbar waren. Das Urteil über ihn wird weiterhin schwanken. Aber wenn er auch beim "Anschluß" der Aufgabe als Kirchenpolitiker nicht gewachsen war, so zeigt doch sein Verhalten als Seelsorger, daß er sich zeitlebens bemühte, seinem Wahlspruch treu zu bleiben:

In Liebe dienen.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den Anschluß Österreichs (x051/27): >>(Anschluß) ... Am 14.3. verkündete Hitler unter tosendem Jubel auf dem Wiener Heldenplatz "den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich". Gleichzeitig trat das "Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich" in Kraft. Österreich, gegliedert in Reichsgaue, hieß nun Ostmark. Die Westmächte ließen es bei papierernen Protesten bewenden.

Es kann kein Zweifel sein, daß bei allen Vorbehalten gegenüber nationalsozialistischen Zahlenangaben das Ergebnis der Volksabstimmung über den Anschluß am 10.4.38 die überwältigende Zustimmung in beiden Ländern spiegelt (offiziell Österreich: 99,75 %, Deutsches Reich: 99,0 %).

Selbst Sozialistenführer Renner begrüßte in klarer Einschätzung der Volksstimmung Hitlers Aktion und stimmte öffentlich mit "Ja", obwohl er die Folgen für die österreichische Sozialdemokratie genau abschätzen konnte.

Der österreichische Episkopat unter Kardinal Innitzer ließ die Kirchen mit Hakenkreuzfahnen schmücken und würdigte "freudig", daß die Nationalsozialisten "auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaus ... Hervorragendes geleistet" hätten, ungeachtet der gleich nach dem Anschluß einsetzenden Verfolgung der politischen Gegner und der Juden. Schon Anfang April 38 wurde das KZ Mauthausen errichtet.<<

16.03.1938

Polen: Polen nutzt das "Österreich-Problem" am 16. März 1938 für ein Ultimatum (bis zum 19.03.1938) an Litauen.

Litauen wird mit diesem Ultimatum schließlich zur Anerkennung der umstrittenen "Wilna-Grenze" gezwungen (x041/95).

17.03.1938

UdSSR: Der sowjetische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, fordert die Westmächte am 17. März 1938 während einer Pressekonferenz in Moskau auf, die NS-Aggressionen einzudämmen (x058/361): >>... An erster Stelle richtet sich eine Drohung gegen die Tschechoslowakei, und es droht die Gefahr eines neuen internationalen Konfliktes, der sich bereits in der alarmierenden Situation, die sich an der polnisch-litauischen Grenze entwickelt hat, abzeichnet.

Die gegenwärtige internationale Lage konfrontiert die friedliebenden Völker und im besonderen die Großmächte mit der Frage der Verantwortung für das zukünftige Schicksal der Völker Europas und anderswo. ...

Die Sowjetunion ist für ihren Teil vorbereitet, an gemeinsamen Aktionen teilzunehmen, deren Reichweite in Verbindung mit der Sowjetunion entschieden werden sollte und deren Ziel es sein sollte, die weitere Entwicklung der Aggression zu stoppen und die gewachsene Gefahr eines neuen Welt-Blutbads zu beseitigen.

Die sowjetische Regierung ist darauf vorbereitet, sofort zusammen mit anderen Staaten im Völkerbund oder außerhalb mit der Diskussion praktischer Maßnahmen zu beginnen, nach denen die gegenwärtigen Umstände rufen.

Morgen kann es zu spät sein, aber heute ist die Zeit noch nicht vorüber, wenn alle Staaten und besonders die Großmächte einen festen und unzweideutigen Standpunkt einnehmen, was die Probleme der kollektiven Friedenswahrung betrifft.<<

März 1938

UdSSR: Der französische Botschafter in Moskau schreibt im März 1938 in einem Bericht für die französische Regierung (x149/91): >>Es ist klar, daß die Unternehmungen Hitlers wie Glieder einer Kette ineinandergreifen und daß jedes Glied, indem es sich schließt, ein weiteres erfaßt: Wiederaufrüstung, Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, Wiederbesetzung des Rheinlandes, Anschluß Österreichs.

Ebenso klar ist es, das die bisherige passive Haltung der Westmächte nur dazu angetan ist, Hitler zu ermutigen, seiner Kette weitere Glieder anzufügen, und daß er, wenn überhaupt, so nicht eher einhalten wird, als bis alle deutschsprachigen Bevölkerungsteile in Europa dem Reich einverleibt sind -, es sei denn, daß ihm der Weg dazu verlegt wird.<<

Jugoslawien: Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht im März 1938 und dem Anschluß Österreichs wird das NS-Regime unmittelbarer Nachbar der Jugoslawen.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über das Deutschtum in Jugoslawien in den Jahren 1938 bis 1941 (x006/36E-44E): >>Nach der neuen Verfassung und dem Vereinsgesetz vom 19.9.1931 blieben Parteien, die die Interessen einer einzelnen nationalen Gruppe vertraten, weiterhin verboten und damit auch die "Partei der Deutschen". Um jedoch die Interessen der deutschen Minderheit auf parlamentarisch-politischem Wege vertreten zu können, schlossen sich die Deutschen der Regierungspartei an, die in weiteren Wahlen einem deutschen Kandidaten einen Wahlkreis überließ.

Der endgültige Anschluß an die neugegründete Regierungspartei, die "Radikale Gemeinschaft" des Ministerpräsidenten Stojadinović, wurde Anfang 1936 vollzogen. Auf der in Neusatz tagenden konstituierenden Versammlung des Bantschaftsrates der "Gemeinschaft" wurde daraufhin Dr. Kraft als Repräsentant der deutschen Minderheit in die oberste Parteileitung gewählt. Bis zum Jahre 1938 war es auch jeweils Dr. Kraft, der als Abgeordneter der Regierungspartei die Deutschen vertrat, von 1938 bis 1941 waren es Franz Hamm und Dr. Trischler, während G. Grassl und später Bischof Popp dem Senat angehörten.

Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß nur ein Teil des Deutschtums vorwiegend in der Woiwodina die Regierungspartei wählte und wählen konnte. Schwieriger war die Lage schon in Kroatien-Slawonien. Hier hatte die deutsche Bevölkerung wie das Gros der Kroaten bis 1931 fast ausschließlich die "Kroatische Bauernpartei" und in Slowenien (Gottschee) die katholische "Slowenische Volkspartei" unterstützt.

Abgesehen davon, daß hier die "Partei der Deutschen" in der Zeit ihres Bestehens kaum Anhänger hatte, wäre die Wahl eigener deutscher Kandidaten nicht möglich gewesen, da in den einzelnen Wahlkreisen die slawische Bevölkerung in der Mehrheit war. In der Gottschee besaßen die Deutschen wenigstens die Möglichkeit, demjenigen der beiden Kandidaten die Stimme zu geben, von dem sie am ehesten eine Vertretung ihrer kulturpolitischen und wirtschaftlichen Interessen erhoffen konnten.

Die Königsdiktatur und das spätere, nur bedingt demokratische Regierungssystem konnten zwar die innenpolitischen Schwierigkeiten nicht an der Wurzel beseitigen, zumal zu diesen noch die schweren Folgen der Weltwirtschaftskrise hinzukamen; jedoch ist es ihr zweifellos gelungen, stabilere Verhältnisse innerhalb des jugoslawischen Staates zu schaffen. Nach dem Abflauen der Weltwirtschaftskrise erholte sich auch die jugoslawische Volkswirtschaft und erhielt durch die in den 30er Jahren intensivierten Handelsbeziehungen zum Deutschen Reich einen starken Auftrieb, der fraglos auch der deutschen Bevölkerung unerwartete Vorteile brachte.

Das galt auch insofern, als der wachsende politische und wirtschaftliche Einfluß des nationalsozialistischen Reiches die jugoslawischen Regierungsstellen aus wirtschafts- und außenpolitischen Gründen veranlaßte, auf Beschwerden der deutschen Minderheit einzugehen und ihre Ursachen abzustellen, obwohl es auch weiterhin an Behinderungen durch die subalternen Behörden nicht fehlte. Waren bis jetzt die Zustände im Schulwesen am häufigsten Anlaß zu Beschwerden gewesen, so traten nun, vor allem wieder im slowenischen Gebiet, die Behinderungen der Deutschen beim Bodenerwerb durch die sogenannten Liegenschaftsverordnungen in den Vordergrund.

Ursprünglich vor allem dazu bestimmt, den Bodenerwerb von Personen nichtjugoslawischer Nationalität in den Grenzgebieten zu verhindern, wurden diese in den 30er Jahren zu einer

Handhabe entwickelt, die wirtschaftliche Basis der deutschen Minderheit einzuengen, deren Siedlungsgebiet fast ausschließlich im Grenzgebiet lag. Erst nach Jahren gelang es, dank wiederholter Bemühungen der deutschen Abgeordneten, die Aufhebung dieser das Deutschtum diskriminierenden Verordnungen zu erreichen.

Verglichen mit der Situation des Deutschtums in den anderen ost- und südosteuropäischen Staaten, vor allem im benachbarten Ungarn, war jedoch die Lage des Jugoslawiendeutschtums in der zweiten Hälfte der 30er Jahre erträglich, sein Verhältnis zum Staat normalisiert und sein innerer Zusammenhalt gefestigt.

Diese günstige Entwicklung wurde auf das stärkste gefährdet, als mit der Machtübernahme des Nationalsozialismus im Reich nationalsozialistische Ideen auch in die Reihen der Volksdeutschen eindrangen und eine innere Krise in der Volksgruppe auslösten, die alles bisher Erreichte in Frage stellte und die deutsche Bevölkerung in zwei sich aufs heftigste bekämpfende Lager spaltete.

Diese inneren Auseinandersetzungen können indessen nicht ausschließlich unter ideologischen Gesichtspunkten beurteilt werden, sondern mit ihnen bahnte sich zugleich eine Krise der bisherigen, vorwiegend bäuerlich bestimmten Volkstums- und Genossenschaftspolitik überhaupt an.

Außerdem handelte es sich um eine Auseinandersetzung zwischen einer jüngeren Generation, die die Hinwendung zum deutschen Volkstum und zum Reich forderte, und der älteren, die noch in der Doppelmonarchie aufgewachsen und in ihren Traditionen verwurzelt war. So verquickten sich ideologische Probleme mit Fragen des sozialen Einflusses und der Ablösung der Generationen zu einer großen Auseinandersetzung über die doppelte Loyalität: gegenüber Staat und Volkstum.

Bis zum I. Weltkrieg hatten die Deutschen in den Gebieten, die ehemals zur ungarischen Reichshälfte gehörten, allenfalls ein Gemeinschaftsbewußtsein entwickelt, das sich auf die Dorfgemeinschaft oder auf verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbargemeinden bezog. In kleinerem Maße hatte sich ein Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der einzelnen Siedlungsgebiete ausgebildet.

Das Erscheinen deutscher Truppen auf dem Balkan nach 1916, die Loslösung aus dem bisherigen Staatsverband und die Eingliederung in den neuen Staat, mit dem man kaum etwas gemeinsam hatte, der zudem die deutsche Bevölkerung reserviert oder gar mit Mißtrauen als Parteigänger der verhaßten Madjaren betrachtete, hatte dann eine stärkere Hinwendung zum Deutschtum zur Folge gehabt. Die Beziehungen zum Reich wurden enger, als dieses in seiner Volkstumspolitik auch die deutschen Organisationen in den Siedlungsgebieten Südosteuropas zu fördern begann.

Der stärkere Kontakt, den vor allem die an österreichischen und reichsdeutschen Hochschulen studierende volksdeutsche Jugend mit der gesamtdeutschen Entwicklung fand, brachte sie auch mit der nationalsozialistischen Bewegung in Berührung, deren Schlagworte ihre Wirkung nicht verfehlten. Es war zunächst nur eine kleine Gruppe jüngerer Akademiker, durch die diese Ideen im Deutschtum Jugoslawiens Eingang fanden.

Sie propagierte eine "Erneuerung" des deutschen Volkstums, die sie über die Volkstumsorganisationen des Kulturbundes zu verwirklichen suchte, wogegen die bisherigen Bemühungen der Repräsentanten der deutschen Minderheit radikal verurteilt wurden.

Die Bestrebungen dieser Gruppe, im Kulturbund Einfluß zu gewinnen, stießen indes auf den heftigen Widerstand der Verbandsführung und auf die Opposition des größten Teils der deutschbewußten Bevölkerung, die mit Recht eine Beeinträchtigung des mühsam geschaffenen Vertrauensverhältnisses zwischen der Minderheit und der durch die "Gemeinschaft" des Ministerpräsidenten Stojadinović vertretenen Regierungspolitik befürchtete.

In ihrem Organ, der "Pantschowaer Post" (später "Volksruf"), setzten die "Erneuerer" unter

ihrem Wortführer, dem Arzt Dr. Jakob Awender, ihre Kampagne gegen die Volkstumsorganisationen und die bisherige Volkstumsarbeit fort und gewannen unter dem Eindruck der politischen und wirtschaftlichen Erfolge des nationalsozialistischen Deutschlands vor allem in der jüngeren Generation zahlreiche Anhänger. Ihr Ziel war es, eine Volksgruppe zu schaffen, die sich als Vorposten des Reiches fühlen sollte und der auch die im fremden Volkstum aufgegangenen Deutschen zurückgewonnen werden müßten.

Obwohl die Politik der Erneuerer auf großen Widerstand stieß und in manchen Fällen von ihnen unterwanderte Ortsgruppen aus dem Kulturbund ausgeschlossen wurden, verfolgten sie ihre volkstumpolitischen Ziele weiter und bemühten sich in erster Linie um die bisher weniger betreuten deutschen Bevölkerungsschichten und Siedlungsgruppen, vor allem um das Kroatien- und Slawoniendeutschum.

In dem vom Kulturbund organisatorisch nicht erfaßten slawonischen und kroatischen Gebiet gründete ein Anhänger der Erneuerungsgruppe, Branimir Altgayer, die "Kultur- und Wohlfahrtsvereinigung der Deutschen in Slawonien", die hier zahlreiche Ortsgruppen ins Leben rief. Sie versuchte vor allem, unter dem in großem Maße kroatisierten Streudeutschum ein deutschvölkisches Bewußtsein zu erwecken, womit sie vielfach auch Erfolg hatte.

Die Initiative der Erneuerungsbewegung und ihre heftige Propaganda gegen die bisherige Volkstumsführung, namentlich gegen Dr. Kraft, bewog den Kulturbund, trotz der ermüdenden und aufreibenden Auseinandersetzungen mit den lokalen und regionalen Behörden seiner Tätigkeit Nachdruck zu verleihen und sie mehr als bisher über das Banat und die Batschka hinaus auszudehnen. Dabei wurde das Ziel nicht aufgegeben, das inzwischen geschaffene Vertrauensverhältnis zwischen den Volksgruppenpolitikern der älteren Generation und den verantwortlichen Regierungskreisen um Stojadinović zu erhalten.

Auch im Hinblick darauf sahen sich die Verbandspolitiker des Kulturbundes veranlaßt, die radikalen Ideen der Erneuerer zu bekämpfen, erst recht, als diese in eine engere Gemeinschaft mit der in Opposition zu der Regierung stehenden faschistischen "Zbor-Bewegung" Ljotićs traten.

Seit der Spaltung des Deutschtums in zwei Lager war eine geschlossene Politik der Volksgruppe nicht mehr möglich, so daß es Dr. Neuner im "Deutschen Volksblatt" beklagen konnte, wie sehr die Volksgruppe durch die "innervölkischen Auseinandersetzungen" im Hinblick auf ihr politisches Gewicht "für jede andere Gruppe an Wert" verliere. Wenn sich die reichsdeutschen Stellen in dieser Auseinandersetzung zwischen den bisherigen Führern der jugoslawiendeutschen Volksgruppe und den "Erneuerern" zurückhielten, so wird dies auf Rücksichten gegenüber der Politik der Regierung Stojadinović beruht haben.

Diese nahm in wirtschaftlichen und politischen Fragen eine von der bisherigen jugoslawischen Außenpolitik abweichende Haltung ein und begann, sich aus dem unter französischem Einfluß stehenden Mächteblock zu lösen und Deutschland zu nähern, ein Versuch, der ihr zahlreiche innenpolitische Gegner schuf.

Um nicht durch eine offizielle Förderung der offensichtlich zum Nationalsozialismus neigenden Erneuerungsbewegung die Stellung Stojadinovićs noch stärker zu belasten, wurden von Berlin vorerst noch die von Jugoslawien anerkannten deutschen Volkstumsorganisationen unterstützt. Ihre Führer standen aber, je mehr die nationalsozialistische Ideologie sich im Auslandsdeutschum ausbreitete, auf verlorenem Posten.

Da der fortdauernde Konflikt die ohnehin schwierige Position der Minderheit zusätzlich schwächen mußte, während andererseits unter den Auswirkungen der Entwicklung im Reich die Erneuererbewegung an Boden gewann, bahnte sich seit Beginn des Jahres 1938 ein Ausgleich zwischen den beiden Gruppen an, der 1939 zustande kam.

Ein aus Vertretern der deutschen Volksgruppen in Estland, Lettland, Rumänien und der Tschechoslowakei bestehendes Schiedsgericht entschied, daß die "Erneuerer" ihre vor allem

gegen Dr. Kraft erhobenen Beschuldigungen zurücknehmen sollten, wogegen Dr. Kraft der Rücktritt von seinen Ämtern dringend nahegelegt wurde. Dabei gelang es den radikalen Exponenten der Erneuerungsbewegung aber nicht, sich in den Vordergrund zu spielen.

Vielmehr wurde mit Dr. Josef Janko nach monatelangen Verhandlungen ein relativ gemäßigter Vertreter der Erneuerungsbewegung Vorsitzender des Kulturbundes; mit ihm zog eine Reihe gleichgesinnter jüngerer Männer in die leitenden Stellungen der kulturellen und wirtschaftlichen Volkstums-Organisationen ein. Damit war jedoch die in den langen internen Auseinandersetzungen aufgerissene Kluft nicht überbrückt; es rief neue Erbitterung hervor, daß mit dem Vordringen der Erneuerer die ältere Generation aus der Volkstums- und Genossenschaftsarbeit zurückgedrängt wurde.

Das Eindringen nationalsozialistischer Gedanken in den Kulturbund, die Übernahme der Formen reichsdeutscher Organisationen - vor allem in der Jugenderziehung - und die Propagierung einer volksdeutschen Einheitstracht erregten den Widerstand der älteren Generation und nicht zuletzt auch der Kirchen. Die von der Erneuerungsbewegung in die Volksgruppe hineingetragene Spaltung wirkte so auch nach der Beilegung des Konflikts nach, obwohl sich die in leitende Stellen gelangten, immer noch vergleichsweise gemäßigten Vertreter dieser Richtung um die Interessen des gesamten Deutschtums bemühten.

Gleichwohl blieb das Mißtrauen weiter Kreise der deutschen Bevölkerung lebendig, weil die radikalen Vertreter der Erneuerungsbewegung den ihnen vorenthaltenen Einfluß in den Volksgruppenorganisationen mit anderen Mitteln zu gewinnen suchten und dabei offenbar von einzelnen Institutionen im Reich unterstützt wurden.

Diese inneren Vorgänge sind auf dem Hintergrund der sich zuspitzenden außenpolitischen Lage Jugoslawiens zu sehen. Der jugoslawische Staat war seit dem Anschluß Österreichs unmittelbarer Nachbar des nationalsozialistischen Reiches geworden, dessen Anziehungskraft auf die Volksdeutschen wuchs; so kam es im März 1939 zu Anschlußkundgebungen unter den slowenischen Volksdeutschen, vor allem im Abstallerfeld.

Durch den Ausbruch des Krieges wurde Jugoslawien schließlich immer mehr in den Konflikt der kriegführenden Machtblöcke hineingezogen, aus dem es die jugoslawischen Politiker unter Führung des Nachfolgers von Stojadinović, Dragisa Cvetković, zunächst herauszuhalten sich bemühten.

Sie versuchten auch, die innenpolitischen Spannungen auszugleichen. Cvetković unternahm mit dem Ausgleichsversuch des sogenannten "Sporazums" vom 26.8.1939 einen letzten Anlauf, den unerträglich gewordenen serbisch-kroatischen Gegensatz zu mildern, indem er der Banschaft Kroatien weitgehende Selbstverwaltung gewährte (Punkt 2) und gegen den großserbischen Nationalismus die Gleichberechtigung der Kroaten hervorhob.

Die militärischen Erfolge des Dritten Reiches und sein zunehmender Druck auf Jugoslawien brachten die verantwortlichen jugoslawischen Politiker in eine immer schwierigere Situation. Sie mußten versuchen, einerseits auf die im Lande, vor allem unter den Serben, Slowenen und in der Armee vorherrschende proalliierte Stimmung Rücksicht zu nehmen, andererseits außenpolitisch so zu taktieren, daß sie die benachbarten Achsenmächte nicht mißtrauisch machten oder in ihren Sog gerieten.

Das Bestreben Hitlers, von den Balkanstaaten wegen ihrer Bedeutung für die deutsche Kriegswirtschaft jeden militärischen Konflikt fernzuhalten und den italienischen Ambitionen entgegenzuwirken, begünstigte zunächst die Anstrengungen dieser jugoslawischen Politiker., Als Hitler aber den Entschluß faßte, den italienisch-griechischen Konflikt noch vor dem geplanten Rußlandfeldzug militärisch durch deutsche Hilfe zu entscheiden, konnte Jugoslawien die Taktik des Lavierens, nicht mehr fortsetzen.

Jetzt entschloß sich Cvetković, dem Dreimächtepakt beizutreten, ein Entschluß, der die achsenfeindliche Opposition unter General Simović sofort zur Gegenaktion bewog. Cvetković

und sein Außenminister Cincar-Marković wurden am Tag ihrer Rückkehr von der Vertragsunterzeichnung verhaftet (27. März 1941).

Die Regierungsgewalt übernahm General Simović, der sich erfolgreich (4. April) darum bemühte, auch die "Kroatische Bauernpartei" unter Macek in sein Kabinett zu ziehen. König Peter wurde für großjährig erklärt und bestieg als Peter II. den Thron. Die Freudenkundgebungen der Bevölkerung Belgrads nach dem Staatsstreich ließen offenbar werden, wie unpopulär die Anlehnung an die Achsenmächte gewesen war.

Die deutsche Minderheit hatte nach dem Kompromiß zwischen den beiden Richtungen eine kurze Atempause relativer Ruhe und des Auf- und Ausbaus ihrer Institutionen erlebt. Dabei war ihr ebenso das von außenpolitischen Rücksichten bestimmte Entgegenkommen der Regierung wie der wirtschaftliche Aufschwung des Landes zugute gekommen. Von dem gesteigerten Export nach Deutschland profitierte auch die leistungsfähige jugoslawiendeutsche Landwirtschaft, deren Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften sich weiter entwickelten.

In dieser Lage bemühten sich die neuen Funktionäre, durch eine freiwillige Steuer aller Angehörigen der Volksgruppe die notwendige finanzielle Basis für die Unterhaltung ihrer Organisationen zu schaffen, und sie hatten damit einigen Erfolg. Mit dieser Selbsthilfeaktion machte sich die Volksgruppe nicht nur im Lande unabhängiger, sie versuchte damit auch eine selbständigere Position gegenüber den nationalsozialistischen Reichsstellen zu gewinnen. Dies gelang indessen nur bedingt.

Die offiziell mit der Betreuung der deutschen Volksgruppen beauftragten reichsdeutschen Institutionen, wie z.B. das Deutsche Auslands-Institut in Stuttgart, enthielten sich zwar gemäß den offiziellen außenpolitischen Richtlinien einer allzu starken Beeinflussung des Jugoslawiendeutschums, wogegen jedoch andere, mit diesen konkurrierende Stellen, vornehmlich der SS, ohne Rücksicht auf die möglichen Folgen für die jugoslawiendeutsche Bevölkerung ihre ideologischen und machtpolitischen Ziele durchzusetzen versuchten.

Unter den durch die Kompromißlösung von 1939 nicht zum Zuge gekommenen radikalen Vertretern der Erneuerungsbewegung fanden sich einige, die sich für diese Aktionen zur Verfügung stellten und durch ihre Tätigkeit das in den vergangenen Jahren geschaffene gute Verhältnis zwischen Staat und deutscher Minderheit in akute Gefahr brachten. In Slowenien war außerdem seit 1939 durch Anschlußkundgebungen des Deutschtums, das sich jahrelang besonders unterdrückt gefühlt hatte, eine besonders heikle Situation heraufbeschworen worden. Vergebens versuchten hier die Volksgruppenführung wie auch die deutschen diplomatischen Vertreter, mäßigend zu wirken.

Nach dem Militärputsch vom März 1941 entstand eine neue Lage. Die durch den Staatsstreich ausgelösten nationalen Ressentiments wirkten sich schon hier und da gegen die Deutschen aus. Bereits während der Kundgebungen am 27. März 1941 war es in Belgrad zu Zwischenfällen gekommen, von denen Deutsche und reichsdeutsche Institutionen, z.B. das deutsche Reisebüro, betroffen wurden. In den folgenden Tagen ereigneten sich vereinzelt ähnliche Aktionen in den deutschen Siedlungsgebieten, indessen kann man nicht von einem systematischen Vorgehen gegen die deutsche Volksgruppe sprechen.

Auch die neue Regierung Simović bemühte sich darum, vor einer Festigung des Regimes weitere Reibungen zu vermeiden und dem Reich zu einem gewaltsamen Vorgehen gegen Jugoslawien keinen Anlaß zu geben. Um die deutsche Minderheit in diesem Konflikt nicht noch mehr zu exponieren, schränkte die Volksgruppenführung die volkspolitische Tätigkeit ein, damit sie in dem von nationalen Leidenschaften aufgewühlten Land von sich aus keine Handhabe zum Vorgehen gegen die deutsche Bevölkerung bot. Die seit den letzten Märztagen schwelende Unruhe konnte sie indessen nicht mehr eindämmen.<<

10.04.1938

NS-Regime, Österreich: Der Anschluß Österreichs wird am 10. April 1938 durch Volksab-

stimmungen bestätigt. 99,73 % der Österreicher und 99,08 % der Deutschen sind für den Anschluß und stimmen mit "Ja" (x032/438).

11.04.1938

Großbritannien: Winston Churchill erklärt nach dem Anschluß Österreichs (x256/150): >>Europa sieht sich vor einem Angriffsplan, der sorgfältig ausgedacht und zeitlich berechnet ist und sich von Stufe zu Stufe entwickelt, und es steht nur eine einzige Wahl offen, nicht nur für uns, sondern auch für andere Länder: sich entweder wie Österreich zu unterwerfen oder wirksame Maßnahmen zu treffen, solange noch Zeit ist, die Gefahr abzuwenden.

Wenn wir weiterhin die Ereignisse abwarten – wie viele unserer Hilfsmittel werden wir uns verscherzen, wie viele Freunde werden sich uns entfremden, wie viele mögliche Verbündete werden wir einen nach dem anderen im grauenhaften Abgrund verschwinden sehen.

Wie oft noch wird der Bluff Erfolg haben, bis die hinter dem Bluff unablässig zunehmenden Kräfte sich zur Wirklichkeit zusammengeballt haben?<<

26.04.1938

NS-Regime: Die Juden müssen seit dem 26. April 1938 ihr Vermögen (Besitz über 5.000 Reichsmark) angeben.

Die systematische Ausplünderung der deutschen Juden beginnt (x032/441): >>... Der Beauftragte für den Vierjahresplan (Göring) kann Maßnahmen treffen, um den Einsatz des anmeldepflichtigen Vermögens im Interesse der deutschen Wirtschaft sicherzustellen.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Arisierung" (x051/39): >>Arisierung, nationalsozialistische Bezeichnung für die Überführung jüdischen Besitzes in "arische" (Arier) Hände zur "Entjudung der Wirtschaft".

Die Juden waren durch Arierparagraph und Nürnberger Gesetze aus dem öffentlichen Leben schon bald weitgehend ausgestoßen, im wirtschaftlichen Bereich waren ihnen aber Reserve geblieben, die durch die Arisierung beseitigt werden sollten: Am 26.4.38 wurde die Anmeldepflicht für jüdische Vermögenswerte über 5.000 Mark verfügt und der Zugang der Juden zu ihren Bankkonten eingeschränkt, am 14.6.38 ordnete das Innenministerium die Registrierung aller jüdischen Unternehmen an. Der Staat setzte den Verkaufswert der jüdischen Betriebe auf einen Bruchteil des Verkehrswertes fest und sorgte mit abgestuften Druckmitteln für die Veräußerung nur an erwünschte Personen.

Zu den großen "Arisierungsgewinnlern" gehörten der I. G. Farben-Konzern, die Flick-Gruppe, Großbanken u.a. Der Erlös aus "arisierten" Unternehmen mußte auf Sperrkonten eingezahlt werden und war nur in beschränkter Höhe für die jüdischen Inhaber verfügbar, so daß die Arisierung letztlich einer fast entschädigungslosen Enteignung gleichkam.

Nach der Kristallnacht vom 9./10.11.38 wurde der Arisierungsdruck drastisch verschärft. Schon am 12.11.38 erging ein generelles Verbot für Juden, als Geschäftsführer zu fungieren, was jüdische Firmeninhaber zur Hineinnahme "arischer" Unternehmensleiter zwang. Diese oft von der Partei lancierten Personen übernahmen erst die Macht, bald darauf meist auch das ganze Geschäft. "Gefälligkeitsarier" wurden nach der "Verordnung gegen die Unterstützung der Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe" (22.4.38) mit Strafe bedroht.

Da den deutschen Juden als "Buße" für die von der SA und dem antisemitischen Mob verursachten Schäden der Kristallnacht hohe Zahlungen aufgebürdet wurden, war der Ausverkauf jüdischen Besitzes nur eine Frage der Zeit. Am 3.12.38 wurde der Wert jüdischen Grundbesitzes auf niedrigstem Niveau eingefroren, Wertsachen und Juwelen durften nur noch an staatliche Stellen verkauft werden. Die durch die Arisierung erzeugte Verarmung der jüdischen Bevölkerung stand oft ihrem Ziel, nämlich die Juden zur Auswanderung zu schikanieren, im Weg, weil den Betroffenen nun dazu die Mittel fehlten.

Sie wurden Opfer der Endlösung. In der Arisierung trafen sich rassistische Motive der Nationalsozialisten mit traditionellen antisemitischen Neidaffekten des Mittelstandes und Expansi-

onsbestrebungen der Großindustrie. In der Angst, bei der Verteilung der Beute zu spät zu kommen, entstand eine verhängnisvolle Koalition der Habgier, so daß sich wenig Widerstand gegen die Arisierung regte. Für die materiellen Schäden leistete die Bundesrepublik nach dem Krieg Wiedergutmachung.<<

29.04.1938

USA: US-Präsident Franklin D. Roosevelt erklärt am 29. April 1938 während einer Rede vor dem US-Kongreß (x342/10): >>... Die erste Wahrheit ist, daß die Freiheit einer Demokratie nicht sicher ist, wenn das Volk das Wachstum privater Macht toleriert, bis sie stärker wird als ihr demokratischer Staat selbst. In seiner Essenz ist das Faschismus - der Besitz der Regierung durch eine Person, eine Gruppe oder durch irgendeine andere kontrollierende private Macht.<<

April 1938

USA: Der US-Wirtschaftsexperte Bernard M. Baruch (1870-1965) schlägt im April 1938 in einer Denkschrift an Präsident Roosevelt vor, die europäischen Juden in den "Vereinigten Staaten von Afrika" (britische Kolonialgebiete in Kenia, Tanganjika und Nordrhodesien) anzusiedeln.

Der US-Jurist Felix Frankfurter (1882-1965, von 1939-62, Richter am Obersten US-Gerichtshof) kritisiert damals die fehlende Hilfsbereitschaft in Nordamerika (x172/98): >>... Die Herren Baruch und Morgenthau sind so damit beschäftigt die eigene Haut und ihre "Stellungen" in Amerika zu retten, daß sie sich so gut wie gar nicht um das Schicksal der Opfer Hitlers kümmern. Diese Männer legten dasselbe Verhalten an den Tag wie die reichen und mächtigen Juden, die damals Hitler unterstützten, um den Bolschewismus zu unterdrücken.<<

06.05.1938

Großbritannien: Die Londoner Zeitung "Daily Mail" berichtet am 6. Mai 1938 über die Lebensverhältnisse der Sudetendeutschen (x320/31): >>Die Deutschen sind ein sehr geduldiges Volk. Ich kann mir auch nicht einen Augenblick lang vorstellen, daß Großbritannien 20 Jahre lang ruhig zugesehen hätte, wie drei und eine halbe Million Briten unter der Knute eines durch und durch verabscheuten Volkes lebten, das eine fremde Sprache spricht und eine völlig verschiedene nationale Weltanschauung hat. Soweit ich meine Landsleute kenne, wären sie nach wenigen Jahren gegen eine solche Vergewaltigung eingeschritten.<<

01.06.1938

NS-Regime: Das NS-Regime führt am 1. Juni 1938 die Massenverhaftung von allen vorbestraften Juden (die zu mehr als einem Monat Gefängnis bestraft waren) durch (x032/449). Die Verhafteten werden ohne Vernehmung und Gerichtsverhandlung in Konzentrationslagern inhaftiert.

06.06.1938

Frankreich: Alfred Rosenberg (ab 1933 Leiter des Außenpolitischen Amtes) schlägt am 6. Juni 1938 während der Flüchtlingskonferenz europäischer und amerikanischer Staaten in Evian am Genfer See vor, die Insel Madagaskar als Auswanderungsland für die Juden auszuwählen (x032/451).

09.06. 1938

Großbritannien: Sir Winston S. Churchill (1874-1965, von 1940-45 britischer Premier- und Verteidigungsminister) schreibt am 9. Juni 1938 in seiner 14-tägigen Zeitungskolumne über die Luftangriffe gegen britische Städte im "nächsten Krieg" (x172/102): >>... Die Männer unseres Landes werden einen brennenden Kampfgeist verspüren, wenn sie erleben müssen, daß ringsum auf so feige Art Frauen und Kinder getötet werden. Jeder Mann, der sich mit Recht so nennen darf, wird darauf pochen, am Kampf teilzunehmen.<<

21.06.1938

Großbritannien: Premierminister Chamberlain erklärt am 21. Juni 1938 während einer Rede

im britischen Unterhaus (x338/74-75): >>... 1. Es verstößt gegen das Völkerrecht, Zivilisten als solche zu bombardieren und absichtlich Angriffe gegen die Zivilbevölkerung durchzuführen.

2. Ziele, die aus der Luft anvisiert werden, müssen rechtmäßige militärische Ziele und identifizierbar sein.

3. Bei einem Angriff auf diese Ziele muß mit angemessener Sorgfalt vorgegangen werden, damit es nicht durch Nachlässigkeit zu einer Bombardierung der in der Nähe befindlichen Zivilbevölkerung kommt. ...<<

02.07.1938

USA: Der US-Journalist Oswald G. Villard (1872-1949) schreibt am 2. Juli 1938 in der Wochenzeitschrift "The Nation" über die Folgen der massiven Aufrüstung in Europa (x172/103): >>... Sie bringt einen zunehmenden Staatskult mit sich, mehr Nationalismus, mehr Militärdienst. Und spielt daher Leuten wie Hitler und Mussolini in die Hände, die behaupten, der Bürger sei für den Staat da und nicht der Staat für den Bürger.<<

15.07.1938

Frankreich: Die Konferenz von Evian endet am 15. Juli 1938 lediglich mit unverbindlichen Empfehlungen und der Errichtung eines Internationalen Flüchtlingskomitees mit Sitz in London.

Das jüdische Flüchtlingsproblem wird durch diese Konferenz nicht verbessert, sondern sogar noch verschlechtert, weil sich die britische Regierung weigert, die Einwanderung nach Palästina zu erleichtern. Seit 1933 sind etwa 40.000 deutsche Juden nach Palästina ausgewandert (x032/459).

USA: Die New Yorker Zeitung "Herald Tribune" und das US-Nachrichtenmagazin "TIME" berichten damals über die erfolglose "Evian-Konferenz" am Genfer See (x172/104): >>... Großmächte schlagen Juden Tür vor der Nase zu. Verhandlung im Stimmungstief. Selbst dünnbesiedelte südamerikanische Staaten verweigern Asyl. ...<<

>>... Trotz der wohlfeilen warmen und klugen Worte in Evian-les-Baines bleibt die Tatsache bestehen, daß keine Nation willens ist, mittellose Juden aufzunehmen.<<

27.07.1938

Großbritannien: Bischof George Bell von Chichester bittet am 27. Juli 1938 im Oberhaus um höhere Einwanderungsquoten für die verfolgten Juden (x172/105): >>... Ich verstehe nicht, wie unsere deutschen Vetter – und ich kenne viele Deutsche – so tief sinken, so unehrenhaft und feige sein können, ein wehrloses Volk derart zu verfolgen, wie die Nationalsozialisten es mit den Nichtariern getan haben.<<

03.08.1938

Großbritannien: Eine britische Friedensmission (Führung: Viscount W. Runciman) trifft am 3. August 1938 in der CSR ein.

Diese britische Friedensmission übergibt nach 6 Wochen Dr. Benesch und Neville Chamberlain (1869-1940, britischer Ministerpräsident) einen schriftlichen Bericht.

Viscount W. Runciman bestätigt zwar in diesem Bericht, daß die Verantwortung für den zu erwartenden Bruch, bei Henlein liegen würde, aber er kritisiert auch die Tschechen (x028/52):

>>... Ich empfinde jedoch starkes Mitgefühl für die Sache der Sudetendeutschen. Es ist ein hartes Los von einer fremden Rasse beherrscht zu werden, und ich bin den Eindruck nicht losgeworden, daß die tschechoslowakische Herrschaft im Sudetengebiet in den vergangenen 20 Jahren zwar nicht aktiv bedrückend und sicherlich nicht "terroristisch" war, aber doch gekennzeichnet wurde von Taktlosigkeit, Mangel an Verständnis, kleinen Unduldsamkeiten und Diskriminierungen, und das alles in einem Maß, daß der Groll der deutschen Bevölkerung unvermeidlich zur Revolte drängte ...

Tschechische Beamte und tschechische Polizei, die wenig oder kein Deutsch sprechen, wur-

den in großer Anzahl in rein deutschen Gebieten eingesetzt; tschechische Landwirte wurden aufgefordert, sich auf Ländereien anzusiedeln, die durch die Landreform mitten im deutschen Siedlungsgebiet beschlagnahmt worden waren; ... ganz allgemein herrscht die Ansicht, daß tschechische Firmen vor den deutschen mit Staatsaufträgen bevorzugt wurden und daß der Staat Arbeit und Hilfe bereitwilliger für Tschechen als für Deutsche beschaffte.

Ich halte diese Beschwerden im wesentlichen für berechtigt. Selbst jetzt noch, während meiner Mission, konnte ich bei der tschechoslowakischen Regierung keine Bereitwilligkeit entdecken, auch nur für annähernd ausreichende Abhilfe zu sorgen ...

Aus vielen Gründen, darunter den oben erwähnten, waren die Sudetendeutschen bis vor 3, 4 Jahren ohne jede Hoffnung. Doch der Aufstieg von Nazi-Deutschland gab ihnen neue Hoffnung. Ich sehe in dem Versuch, sich an ihre Verwandten zu wenden, und in ihrem Wunsch, sich an das Reich anzuschließen, eine unter diesen Umständen ganz natürliche Entwicklung.<<

Der britische Sonderbeauftragte Runciman schreibt ferner über das "sudetendeutsche Problem" (x069/172): >>... Ich bin daher der Auffassung, daß diese Grenzdistrikte (mit starker deutscher Mehrheit) sofort von der Tschechoslowakei an Deutschland abgetreten werden sollten.<<

04.08.1938

UdSSR: Der französische Botschafter in Moskau schreibt am 4. Oktober 1938 an den französischen Außenminister (x243/69): >>Die letzten Ereignisse ... haben gezeigt, daß weder Frankreich noch England bereit sind, sich einer deutschen Expansion in Mittel- und Osteuropa zu widersetzen. ...

Welcher Ausweg bleibt (der UdSSR) als auf die Politik einer Verständigung mit Deutschland zurückzukommen? ... Eine Zerstückelung Polens ... böte ... eine Notlösung, ... um das (deutsche) Reich von der Ukraine abzulenken – indem sie es nach Polen hineinführen, in der Hoffnung, es werde dort seinen Landhunger stillen. ...

Ich habe Grund zu der Annahme, daß diese Idee bereits jetzt die sowjetischen Machthaber beschäftigt. ... (Der stellvertretende sowjetische Außenminister sagte mir) "Polen bereitet seine vierte Teilung vor". ...<<

17.08.1938

NS-Regime: Das NS-Regime erläßt am 17. August 1938 eine Verordnung über die Veränderung von jüdischen Familiennamen und Vornamen (x058/354):

>>§ 1. Juden dürfen nur solche Vornamen beigelegt werden, die in dem vom Reichsminister des Innern herausgegebenen Richtlinien über die Führung von Vornamen aufgeführt sind. ...

§ 2. Soweit Juden andere Vornamen führen, als sie nach § 1 Juden beigelegt werden dürfen, müssen sie vom 1. Januar 1939 ab zusätzlich einen weiteren Vornamen annehmen, und zwar männliche Personen den Vornamen Israel, weibliche Personen den Vornamen Sara.<<

20.08.1938

Schweiz: Der schweizerische Geschichtspräsident und Völkerbundskommissar in Danzig, Carl J. Burckhardt, der sich vergeblich um einen deutsch-polnischen Ausgleich bemüht, schreibt am 20. August 1938 über die Stimmung in Deutschland (x025/141): >>Derjenige, der das nicht erlebt hat, kann sich keine Vorstellungen machen von dem Entsetzen, ja von der Verzweiflung der Massen, als man wieder anfing, von Krieg zu reden. ... Nie habe ich so deutlich gespürt, daß die Völker für die Verbrechen ihrer Führer nicht verantwortlich sind.<<

Burckhardt berichtet ferner über seine Gespräche mit dem polnischen Außenminister Beck (x025/183-184): >>Die Polen warten in scheinbarer Ruhe. Beck, während unserer nächtlichen Fahrt, hat mich etwas in seine Pläne eingeweiht. Weiterhin spielt er sein doppeltes Spiel. Es ist kein deutsches Spiel, wie manche Franzosen und die polnische Opposition glauben. Es ist ein Spiel, bei welchem man für Polen auf den höchsten Gewinn hofft, einen Gewinn, der sich

ergeben soll aus einer schließlich unvermeidlichen deutschen Katastrophe. ...

Jetzt hofft man im stillen in Warschau nicht nur auf die bedingungslose Integration Danzigs in den polnischen Staatsbereich, sondern auf viel mehr, auf ganz Ostpreußen, auf Schlesien, ja auf Pommern. Im Jahre 1933 noch sprach man in Warschau vom polnischen Pommerellen, aber jetzt sagt man "unser Pommern".

Beck macht eine rein polnische Politik, eine letzten Endes antideutsche Politik, eine nur scheinbar polnisch-deutsche Entspannungspolitik seit der Besetzung des Rheinlandes und der französischen Passivität bei Anlaß dieses Vorganges. Aber man bemüht sich, die Deutschen ganz methodisch in ihren Fehlern zu bestärken. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Carl Jacob Burckhardt (x051/-97): >>Burckhardt, Carl Jacob, geboren in Basel 10.9.1891, gestorben in Vinzel 4.3.1974, schweizerischer Historiker und Diplomat; 1918-21 Attaché in Wien, 1923 im Auftrag des Roten Kreuzes Gefangenenbetreuung in der Türkei, 1929 Geschichtsprofessor in Zürich, 1932 zugleich in Genf.

Burckhardt wurde 1937 zum Völkerbundskommissar in Danzig bestellt, wo er sich in aussichtsloser Lage vergeblich um einen Ausgleich der polnischen und deutschen Interessen - die zunehmend identisch wurden mit nationalsozialistischen Forderungen (Danzigfrage) - bemühte.

Nach Kriegsausbruch war Burckhardt beim Roten Kreuz, 1944-48 als Präsident, tätig, kümmerte sich um Kriegsgefangene und Zivilinternierte. Neben den historiographischen Werken (u.a. "Richelieu", 1935 und 1965-67) des Gelehrten sind die Erinnerungen des Politikers Burckhardt ("Meine Danziger Mission 1937-39", 1960) bedeutsam als Augenzeugenbericht aus einem der Hauptkrisengebiete im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges.<<

22.08.1938

NS-Regime: Der ungarische Regierungschef Miklos von Horthy reist vom 22. bis zum 26. August 1938 ins Deutsche Reich, um mit Hitler einen deutsch-ungarischen Freundschaftsvertrag zu schließen.

Hitler fordert Horthy während der Verhandlungen auf, ihn bei der Lösung des CSR-Problems zu unterstützen. Als Gegenleistung verspricht Hitler, die Rückgabe der 1919 an die Tschechoslowakei verlorenen Gebiete.

Obwohl sich Horthy damals noch vorsichtig zurückhält, bekommt Ungarn später nach Zerschlagung der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und der Verkleinerung Rumäniens erhebliche Gebiete zugewiesen.

10.09.1938

Frankreich: Der französische Außenminister stellt dem englischen Botschafter in Paris am 10. September 1938 folgende vertrauliche Frage (x243/65): >>... Deutschland kann morgen die Tschechoslowakei angreifen. In diesem Falle würde Frankreich sofort mobilisieren. ... Marschiert ihr mit uns? Was wird die Antwort Großbritanniens sein? ...<<

13.09.1938

CSR: Infolge der Unruhen im Sudetenland läßt Staatspräsident Benesch am 13. September 1938 in den Grenzbezirken das Standrecht verhängen.

14.09.1938

Frankreich: William Bullit (US-Botschafter in Paris) berichtet am 14. September 1938 über die französische Stimmung (x028/53): >>In den letzten Tagen haben die französischen Zeitungen viele Landkarten veröffentlicht, aus denen die volkszugehörige Aufteilung der Tschechoslowakei hervorgeht. ...

Die öffentliche Meinung beginnt Stellung zu beziehen: Warum sollten wir Frankreichs ganze Jugend auslöschen und den Kontinent Europa zerstören lassen, nur um die Herrschaft von 7 Millionen Tschechen über 3.200.000 Deutsche zu sichern? ...

Bei der allgemeinen Ansicht von Franzosen und Briten, daß Benesch im innersten Herzen beschlossen habe, lieber einen allgemeinen europäischen Krieg zu provozieren als eine vollständige Autonomie der unterworfenen Nationalitäten in der Tschechoslowakei hinzunehmen, wird zweifellos starker Druck auf Prag angesetzt werden.<<

19.09.1938

CSR: Die tschechische Regierung wird am 19. September 1938 aufgefordert, die britisch-französischen Vorschläge zu akzeptieren, da Großbritannien und Frankreich derzeit keinen Krieg führen könnten (x041/96).

23.09.1938

CSR: Staatspräsident Benesch ordnet am 23. September 1938 die Generalmobilmachung der tschechoslowakischen Armee an.

29.09.1938

NS-Regime, Anti-Hitler-Koalition: Die westeuropäischen Diplomaten arbeiten am 29. September 1938 in München fieberhaft, um einen Kriegsausbruch zu verhindern.

Walther von Brauchitsch (ab 4.02.1938 Oberbefehlshaber des Heeres) und Franz Halder (ab 1.09.1938 Generalstabschef) wollen Hitlers Kriegspläne verhindern. Ein Stoßtrupp von etwa 30 jungen Offizieren, Studenten und Arbeitern wartet damals auf den Befehl, in die Reichskanzlei einzudringen und Hitler zu erschießen (x069/173-174).

Der geplante Staatsstreich wird jedoch nicht durchgeführt, weil die Briten und Franzosen schließlich vereinbaren, wegen der Sudetendeutschen keinen europäischen Krieg zu führen und Hitlers Forderungen akzeptieren (Konferenz von München). Die CSR muß die deutschen Siedlungsgebiete in Böhmen, Mähren und Schlesien bis zum 10.10.1938 an das Deutsche Reich abtreten. Die Rest-CSR erhält Sicherheitsgarantien der Großmächte.

Der deutsche Historiker Gerhard Ritter (1888-1967) schreibt später über die verhängnisvolle britische Außenpolitik der Nachgiebigkeit (x069/174): >>... Chamberlains "policy of appeasement" (Beschwichtigungspolitik) hat sehr dazu beigetragen, daß dieser Staatsstreich nicht zur Durchführung gelangte. Wiederholt haben ihn deutsche Diplomaten aufgefordert, vor Hitlers Drohungen nicht zurückzuweichen und Hitler zu eröffnen, daß England zu den Waffen greifen würde, wenn er gewaltsam vorgehen wolle.

Aber Chamberlain glaubt noch, er könne dem deutschen Diktator durch Entgegenkommen zu einer Politik des Friedens bestimmen, und will angesichts der unzulänglichen Rüstung Englands nicht das Risiko eines Krieges auf sich nehmen.

Enttäuscht schreibt damals Goerdeler, ein Führer der deutschen Widerstandsbewegung, an einen Freund in den USA: "Eine ausgezeichnete Gelegenheit ist verpaßt worden. Das deutsche Volk wollte keinen Krieg, die Armee würde alles getan haben, ihn zu vermeiden.

Wenn England eine entschlossene Haltung gezeigt und öffentlich dem deutschen Volk erklärt hätte: wir sind bereit, alle eure begründeten Ansprüche zu befriedigen, doch nicht unter dem Druck der Gewalt, und nur, wenn alle Fragen auf einmal in aller Offenheit und mit der festen Absicht erörtert werden, einen gesicherten Dauerfrieden herzustellen und die gefährlichen Lasten der Aufrüstung zu beseitigen, wenn England und Frankreich nur das Risiko eines Krieges auf sich genommen hätten, Hitler würde nie Gewalt angewendet haben. Und dann wäre er der Blamierte gewesen und nicht, wie es jetzt der Fall ist, die guten Elemente meines Volkes.

Indem Chamberlain vor einem kleinen Risiko zurückscheute, hat er einen Krieg unvermeidbar gemacht. Das englische wie das französische Volk werden nun ihre Freiheit mit den Waffen zu verteidigen haben. Doch sie werden in der Zukunft unter weit schwierigeren Bedingungen zu kämpfen haben."<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Sudetenkrise" (x051/571-572): >>Sudetenkrise, seit 1919 schwelender, 1937/38 akut ausbrechender Konflikt um die

deutsch besiedelten Gebiete der Tschechoslowakei (ca. 26.000 km² mit 3,3 Millionen deutschen Einwohnern).

Nach schärfer werdenden Autonomieforderungen der Sudetendeutschen Partei und Wendung ihres Führers Henlein zum Nationalsozialismus im November 37 erhoben sich erste Stimmen für einen Anschluß an das Deutsche Reich. Hitler ermunterte Henlein zu unannehmbaren Forderungen an die Prager Regierung, wie sie etwa im sogenannten Karlsbader Programm vom 24.4.38 formuliert wurden: Weitestgehende Selbstverwaltung bei "Freiheit des Bekenntnisses ... zur deutschen Weltanschauung", d.h. zum großdeutschen Programm des Nationalsozialismus.

Die tschechische Ablehnung beantwortete die deutsche Propaganda mit halbweisen Meldungen über Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit. Zugleich unterstützte Berlin Revisionsforderungen der polnischen und ungarischen Volksgruppen in der Tschechoslowakei. Westliche Vermittlungsbemühungen wie die von Lord Runciman blieben erfolglos.

Hitler, ohnehin entschlossen, die Tschechoslowakei zu "zerschlagen" (Weisungen für den "Fall Grün" vom 21.4. und 30.5.38), heizte die Stimmung mit militärischen Beistandsangeboten (Rede vom 12.9.) zu Aufstandshitze an.

In zwei persönlichen Besuchen bei Hitler in Berchtesgaden (15.9.) und Godesberg (22.-24.9.) erreichte der britische Premierminister Chamberlain nur die Verschiebung der von Hitler nun ultimativ geforderten Angliederung des Sudetengebietes. Ein europäischer Krieg konnte in letzter Minute durch vollständige Erfüllung der deutschen Forderungen durch die Westmächte im Münchener Abkommen vermieden werden.<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die britische Beschwichtigungspolitik (x051/32): >>Appeasement (englisch Beschwichtigung), Bezeichnung für die britische Politik der Friedenssicherung in der Zwischenkriegszeit und des "peaceful change" am Verhandlungstisch; verkam spätestens mit dem Münchener Abkommen als Inbegriff einer kraftlosen Beschwichtigungspolitik gegenüber Diktatoren zum politischen Schlagwort.

Jenseits seiner vordergründigen Identifikation mit dem britischen Premierminister Chamberlain und dessen umstrittenen Vermittlungsgängen zu Hitler in der Sudetenkrise resultierte Appeasement aus krisenhaften Zusammenhängen der britischen Innenpolitik ebenso wie aus gefährlichen Entwicklungen im internationalen Mächtesystem besonders seit der Weltwirtschaftskrise: Gleichzeitige Herausforderung der britischen Weltmachtstellung durch drei totalitäre und aggressive Großmächte (Japan in Ostasien, Italien im Mittelmeerraum, Deutschland in Europa).

Beide Aspekte verbindend, war Appeasement der Versuch einer saturierten und bereits im Niedergang befindlichen Weltmacht, auf der Grundlage stark reduzierter politischer, wirtschaftlicher und militärischer Machtmittel zu überleben, eine sich seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert abzeichnende und durch die Weltdepression dramatisch verschärfte gesellschaftlich-ökonomische Krise im Innern, ohne die erneuten Belastungen eines internationalen Wettrennens und eines neuen Weltkrieges zu beheben und gleichzeitig ohne Bedrohung von außen den notwendigen Modernisierungsprozeß voranzutreiben.

Hinter dem Appeasement-Konzept stand die Furcht vor den hohen Belastungen und Gefahren der Rüstungsspirale und kriegerischer Verwicklungen: Wiederanstieg der seit dem Ersten Weltkrieg noch nicht abgetragenen inneren und äußeren Staatsverschuldung (besonders gegenüber den USA), Pfundschwäche, Inflationsgefahr, Kapitalflucht, ungesunde Verzerrungen im Produktionsapparat, Verlust von Exportmärkten, Veränderungen des englischen Sozialprofils zu Lasten des konservativen Establishments, Verwundbarkeit der britischen Seeverbindungen. Appeasement war das taktische Bemühen, einen bewaffneten Konflikt in Europa so lange hinauszuschieben, bis er auch im Empire als gemeinsame Bedrohung wahrgenommen wurde.

Es entsprang antikommunistischen Bedrohungsvorstellungen besonders im konservativen Lager, das im nationalsozialistischen Deutschland ein zuverlässiges "Bollwerk" gegen den Kommunismus sah, ebenso wie einem "schlechten Gewissen" angesichts der längst als problematisch erkannten Versailler Ordnung von 1919. Die britische Friedenspolitik konnte sich auf eine breite pazifistische Grundstimmung im Lande berufen.

In einer illusionistischen Verkennung des nationalsozialistischen Regimes und seiner expansiven Absichten gründete sich Appeasement auf die Hoffnung, durch rechtzeitige revisionspolitische Konzessionen auch in wirtschaftlicher Hinsicht (economic appeasement) und eine gewisse Anerkennung der deutschen Hegemonie in Mittel- und Südosteuropa die "moderates" in Berlin um Göring, Schacht u.a., zu denen zeitweise auch Hitler selbst gerechnet wurde, gegen die "extremists" um Himmler, Goebbels und Ribbentrop stärken und mit ihrer Hilfe auch in Deutschland langfristig einen Friedenskurs durchsetzen zu können.

Die Münchener Konferenz war schließlich in britischen Augen der letzte Versuch, die europäischen Angelegenheiten durch die "Großen Vier" Europas in gewollter Distanz zur Sowjetunion und den USA zu lösen und damit den sich seit 1918 abzeichnenden machtpolitischen Niedergang Europas aufzuhalten.

Appeasement wurde im Winter 1938/39 unter den fortgesetzten deutschen Drohungen zu einer Doppelstrategie des "peace and rearmament" weiterentwickelt und seine Grenzen als Antwort auf den deutschen Einmarsch in Prag (15.3.39) demonstrativ durch die englisch-französische Garantien an Polen (31.3.39), Rumänien und Griechenland (13.4.39) markiert.

Mögen sich auch Hoffnungen auf eine Fortsetzung des Appeasement in Form von Friedenskontakten über den 3.9.39 in britischen Regierungskreisen bis zum Rücktritt Chamberlains (10.5.40) gehalten haben, so war ihm doch durch die Entfesselung des Krieges von deutscher Seite in dreifacher Hinsicht endgültig der Boden entzogen: innenpolitisch als einer Politik der Nachgiebigkeit ohne deutsche Gegenleistungen, außenpolitisch als empfindliche Störung der europäischen "Balance of Power" als Grundlage auch der britischen Existenz, und dies zudem unter einem einseitigen deutschen Diktat und nicht als Ergebnis international ausgehandelter Kompromisse.<<